Nr. 260 — Jahrgang 18 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 11. November 1932

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Kein Kurswechsel in Amerika

Hoover geschlagen — Ueberwältigender Sieg der Demokraten — Roosevelts voraussichtliche Ministerliste

Washington. Hohe Beamte des amerikanischen Staatsdepartements geben der Ansicht Ausdruck, daß die amerikanische Außenpolitik trotz des demokratischen Wahlsieges keine wesentliche Veränderung erfahren werde. Es wird angenommen, daß Stimsons demokratischer Nachfolger den bisherigen Kurs weiter verfolgen werde.

Staatssekretär Stimson erklärte: „Ich betrachte es von jetzt ab als meine erste Pflicht, meinem Nachfolger die Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern."

Das endgültige Ergebnis

Neuyork. Das endgültige Ergebnis der Präsidentenwahl liegt nunmehr vor. Von den insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt Roosevelt 472, Hoover erhielt die Wahlmännerstimmen in Maine, Vermont, Connecticut, Newhampshire, Delaware und Pennsylvania, insgesamt 59.

*

Neuyork. Präsident Hoover hat an Roosevelt ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er ihm eine erfolgreiche Regierungszeit wünscht. Roosevelt wird der 32. Präsident der Vereinigten Staaten sein.

Präsident Roosevelt

Neuyork. Der neue amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt wurde am 30. Januar 1882 in Hyde Park (Neuyork) geboren. Er ist ein weitläufiger Verwandter des verstorbenen Präsidenten Theodor Roosevelt. Die Roosevelts sind holländischer Abstammung. Franklin D. Roosevelt war früher Rechtsanwalt, wandte sich jedoch bald der Politik zu und wurde später in den Neuyorker Staatssenat gewählt. Im Jahre 1913 wurde Roosevelt zum Staatssekretär im Marineamt ernannt, einen Posten, den er während des ganzen Weltkrieges inne hatte. Gegen Ende des Krieges war er der Inspektion der amerikanischen Flottenstreitkräfte zugeteilt. Im Jahre 1919 weilte er in Europa, um an der Demobilisierung der amerikanischen Truppen mitzuwirken. 1928 wurde Roosevelt zum Gouverneur des Staates Neuyork gewählt. Eine heimtückische Krankheit, von der Roosevelt vor etwa 20 Jahren befallen wurde, hatte Lähmungen an Beinen und Füßen zur Folge. Roosevelt kann sich infolge dessen auch heute nur mit Mühe fortbewegen. Seine Füße sind geschient. Daß Roosevelt trotz dieser körperlichen Behinderung die Beschwerden des Wahlkampfes spielend überstanden hat, spricht für seine außerordentlich große Tatkraft.

Roosevelts voraussichtliche Ministerliste

London. Der Washingtoner „Times"-Korrespondent legt folgende mutmaßliche Ministerliste der Roosevelt-Regierung, die natürlich noch nicht amtlich bestätigt werden kann, vor. Es werden genannt:

Staatssekretär des Aeußeren: Newton Baker.
Staatssekretär des Schatzamtes: Alfred Smith oder Owen Young.
Kriegsminister: Albert Ritchie.
Marineminister: Mac Adoo.
Inneres: der frühere Senator Gilbert Hitchcok.
Landwirtschaft: Harry Byrd.
Arbeitsminister: Miß Frances Perkins.
Generalstaatsanwalt: Senator Thomas Walsh.
Generalpostmeister: James Farley.
Handelsminister: Evans Woollen oder Melvon Trayler.

Ueberwältigender Sieg der Demokraten auf der ganzen Linie

New York. Der neue Senat besteht nach dem Ergebnis der jetzigen Ergänzungswahlen aus 59 Demokraten, 36 Republikanern und zwei Farmarbeiterparteiler. Zahlreiche langjährige republikanische Senatoren — darunter Watson-Indiana, Smooth-Utah und Moses Newhampshire — sind durch jüngere Kräfte ersetzt worden. Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten eine Mehrheit von etwa 150 Sitzen erhalten. Hierdurch ist eine sichere Mehrheit für die Aenderung der Prohibition gegeben. Der Sieg der Demokraten bei den Wahlen der Gouverneure und Bürgermeister entspricht dem bei der Präsidentenwahl, der für Roosevelt rund 65 v. H. beträgt und einen Rekord für Amerika darstellt.

New York. Nach den bisherigen Wahlergebnissen werden dem Repräsentantenaus
299 Demokraten,
106 Republikaner,
2 Farmer
angehören.

28 Wahlbezirke stehen noch aus.

Die Geschäftswelt erhofft von dem Systemwechsel eine Belebung der Geschäfte.

England und Roosevelts Wahlsieg

Schlechte Aussichten für Schuldenstreichung.

London. Der Sieg der Demokraten in Amerika wird sich nach der Auffassung englischer politischer Kreise zunächst dahin auswirken, daß die jetzige **republikanische Regierung keine grundlegenden Schritte in der Außenpolitik einleiten,** sondern sich vielmehr sehr zurückhalten wird. Man befürchtet daher, daß die gegenwärtige Lage in Amerika für die Eröffnung der Schuldenverhandlungen nicht günstig sein wird. Da aber zum 15. Dezember eine Zahlung fällig wird, so werden sich Verhandlungen nur auf diese eine Zahlung erstrecken können. Die Aussichten für eine völlige Streichung der Schulden werden jetzt angesichts des starken Einflusses der Hearstpresse **auf die Demokraten noch etwas pessimistischer als schon vorher beurteilt.**

Andererseits hat man in London die Hoffnung, daß die Demokraten **nicht die Hochschutzzollpolitik der Hoover-Regierung fortsetzen werden.** Ein Wechsel kann sich aber erst nach der Amtsübernahme Roosevelts im Frühjahr des nächsten Jahres bemerkbar machen.

Die Pariser Presse begrüßt Roosevelts Wahl

Paris. Der Wahlsieg Roosevelts wird auch in der Pariser Abendpresse **mit besonderer Genugtuung unterstrichen.** Die Blätter weisen zwar darauf hin, daß die demokratische Partei sich auf der Chikagoer Landestagung **gegen die Streichung** der interalliierten Schulden ausgesprochen haben, hoffen aber dennoch, daß die Tür zu einer **zufriedenstellenden Lösung** der Frage offen bleibt. Der „Temps" ist der Auffassung, daß Roosevelt die großen Richtlinien der Außenpolitik Hoovers beibehalten werde. „Paris Soir" begrüßt es, daß an der Spitze der Vereinigten Staaten **ein Deutschenfreund durch einen Franzosenfreund ersetzt werde.**

Die nationalistische „Liberte" fordert Hoover auf, das Weiße Haus sofort zu verlassen.

Herriot für wirtschaftliche Verständigung

Paris. Ministerpräsident Herriot erklärte am Mittwoch auf der Sitzung des nationalen Wirtschaftsrates, daß die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Wiedergesundung bereits vorhanden seien. Die Höhe der letzten Arbeitslosenziffern und die Konkurse seien stark zurückgegangen. Man dürfe an ein Wiederaufblühen der Wirtschaft denken. Der wirtschaftliche Wettbewerb der Völker untereinander erforderte neue Methoden. Eine engere Verständigung zwischen den Wirtschaftszweigen der einzelnen Länder müsse zustande kommen, um Erzeugung und Verbrauch ins Gleichgewicht zu bringen.



Johann Heinrich Graf von Bernstorff
der frühere deutsche Botschafter in Washington und Konstantinopel, wird am 14. November 70 Jahre alt.

Roosevelts Sieg

Das amerikanische Volk der Vereinigten Staaten hat sich am 8. November einen neuen Staatspräsidenten gewählt. Im Gegensatz zu früheren Wahlen, die mehr als ein „Sportereignis" betrachtet wurden, kam auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten den Wählern zum Bewußtsein, daß sich die Zeiten entschieden geändert haben, daß es nicht genügt, auf den Wohlstand zu warten, sondern, daß man ihn auch im politischen Ringen erobern muß. Wer die Dinge seit vor vier Jahren beobachten konnte, dem war es seit Einbeziehung Amerikas in die Wirtschaftskrise klar, daß auch dieses Land in die Ereignisse einbezogen wird, und daß es in den kommenden Jahren eine noch heut nicht zu übersehende Entwicklung nehmen wird, obgleich die am 8. November vollzogene Wahl noch bei weitem keinen System-, sondern nur einen Personenwechsel bedeutet. Aber zum ersten Mal trat der „dritte Stand", die Arbeiter und Farmer bei diesen Wahlen in Erscheinung und diese Krise wird mehr denn je dafür sorgen, daß auch Amerika in die Arbeiterbewegung einbezogen wird. Gewiß, man glaubt immer noch, daß es gelingen wird, diese Krise nach kapitalistischen Grundsätzen zu sanieren, was sich ja auch schließlich der bisherige Präsident Hoover zum Ziel setzte, er wurde jetzt von mehr als 47 Millionen Stimmen abgelehnt, weil seine Regierungskunst vollkommen im kapitalistischen Wirtschaftssystem versagen mußte. Der Gegensatz zwischen Hoover und Roosevelt mußte sich von Tag zu Tag verschärfen, insofern, als Hoover vor vier Jahren dem Volk einen dauernden Wohlstand versprach, der sich während Hoovers Regierungszeit ins Gegenteil gekehrt hat. Etwa 14 Millionen Arbeitslose, denen eine Reihe von Bankkrachs voranging, eine tiefe Unzufriedenheit unter den Farmern, die ihre Produkte infolge der Krise nicht absetzen können — das ist das Resultat einer Periode, die dem amerikanischen Volk einen unbegrenzten Wohlstand bringen sollte. Nichts war für Roosevelt einfacher, als diesen unhaltbaren Zustand auszunutzen und Hoover entschieden zu schlagen, was wohl am besten dadurch zum Ausdruck kommt, daß Hoover, der gegenüber Old Smith, damals mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, jetzt nur etwas über 10 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

In Amerika besteht ein eigentümliches Wahlsystem, der Präsident wird nicht direkt durch das Volk, sondern durch Wahlmänner gewählt, die wiederum nicht proportional verteilt sind, sondern auch den kleinen Staaten gegenüber den großen Staaten Vorteile bieten, so daß der Kandidat sich entschieden anstrengen muß, die Mehrheit zu gewinnen, da wie gesagt, nicht die Stimmenzahl, sondern die Staaten entscheiden, weil, wenn in einem Staat nicht die Mehrheit der Stimmen erobert ist, diese ganz verloren gehen. Ein Unterschied zwischen Hoover und Roosevelt ist eigentlich nicht herauszukonstruieren, denn beide sind Anhänger dieses kapitalistischen System, wenn auch zugegeben werden muß, daß sich Roosevelt bemüht hat, im Verlauf des Wahlkampfs mehr ein „soziales Programm" herauszuarbeiten, sich gegenüber dem verknöcherten Hoover immerhin als der Fortschrittler aufgespielt hat. Was er nach den Wahlen tun wird, die ihn ja noch nicht unmittelbar ans Ruder setzen, sondern erst Anfang März, wird abzuwarten bleiben. Seit Jahrzehnten ringen in Amerika Republikaner und Demokraten um die politische Macht und mit kurzer Unterbrechung waren die Republikaner stets am Ruder, jetzt haben ihnen im Verlauf gerade der letzten zwei Jahre die Demokraten die Macht abgerungen. Denn der Ausgang der Wahlen bedeutet einen entschiedenen Sieg Roosevelts, des Demokraten und seiner Partei, die auch bei den Gouverneurswahlen und den Abgeordnetenwahlen zum Repräsentantenhaus, in diesem Wahlgang Stimmenzuwachs brachte, als die Republikaner auf der ganzen Linie geschlagen wurden. Man wird bei näherer Untersuchung der politischen Ziele dieser beiden Parteien schwerlich Unterschiede herausfinden können, sie bestehen höchstens in Worten, denn beide Staatspräsidenten, Hoover und Roosevelt, sind Vertreter des kapitalistischen Systems und von den Finanzplutokraten abhängig, deren Politik sie machen müssen, wenn sie sich auch nach außenhin noch so sehr antikapitalistisch gebärden. Eine Aenderung des wirtschaftspolitischen Kurses in Amerika ist aus diesem Wahlgang nicht zu erwarten und noch weniger die Tatsache, daß Amerika außenpolitisch kaum in die europäischen Ereignisse eingreifen wird.

Der Wahlkampf war für amerikanische Verhältnisse diesmal geradezu überraschend und zwang die Kandidaten zu gegenseitigen Angriffen, die man bisher nie gewohnt

war. Selten hat ein Präsident eine solche Unbill erfahren, wie Hoover, der nicht daran glauben wollte, daß sich die Stimmung gegen ihn gewendet hat. Als er persönlich in den Wahlkampf eingriff, war er bereits so gut wie aus dem Feld geschlagen, denn alle Not und die ganze Krise wird seiner Regierung zugeschrieben, was kaum zutrifft, wenn man die Ereignisse vom weltwirtschaftlichen Standort aus beurteilt und die europäischen Rückwirkungen der Krise in Amerika mit in Rechnung zieht. Hoover konnte nicht voraussehen, daß die Friedensverträge sich weltwirtschaftlich so nachteilig auswirken und er hat auch nie den Mut aufgebracht, gegen sie anzukämpfen und die wichtigste Frage, die Regelung der Kriegsschulden vorzunehmen. Diese Frage wird auch Roosevelt kaum in Angriff nehmen wollen, und doch ist sie entscheidend für die kommende Weltwirtschaftskonferenz, die ja nach neueren Mitteilungen von Januar auf März verschoben werden soll. Vor dieser Tagung und damit auch vor dem Antritt Roosevelts in sein neues Amt, dürfte auch in Amerika kaum irgend eine Aenderung eintreten, wenn es auch heißt, daß Hoover bemüht sein wird, beim Zusammentritt des Kongresses, eine Koalitionsregierung zu bilden, die allerdings nach amerikanischen Grundsätzen keinesfalls die Bedeutung hat, wie in Europa, denn die politische Macht des amerikanischen Staatspräsidenten geht weit über die Macht eines autokratischen Königs hinaus. Aber Hoover hat seinem Ueberwinder Roosevelt nach amerikanischem Brauch sofort die Freundschaftshand geboten und so mag es schon möglich sein, daß der neue Staatspräsident schon jetzt einen gewissen Einfluß auf den Gang der amerikanischen Politik nehmen wird, zumal ja auch bereits während des Wahlkampfes ehemalige Hooveranhänger zugunsten Roosevelts eingegriffen haben.

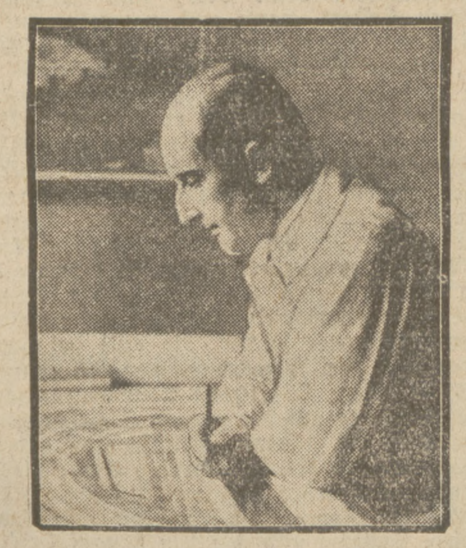
Wir sind überzeugt, daß im amerikanischen „Wirtschaftswunder“, auch unter Roosevelt, kein „Wunder“ geschehen wird. Die Politik wird den alten Kurs steuern, mit dem Unterschied, daß in der Alkoholfrage eine Entspannung eintritt, daß vielleicht Amerika etwas mehr „naß“ wird, das heißt, der Alkoholhandel wird, je nach den Wünschen der Staaten, gemildert, beziehungsweise eingeführt. Roosevelt hat sich während der Wahlen auch für den kleinen Mann ausgesprochen, für eine Sozialgesetzgebung einschließlich einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung, doch bleibt es abzuwarten, was hier erfüllt wird. Hoover war ausgesprochener Gegner, dieser Art staatlicher Fürsorge, in Zeiten der Krisen, und darin zeigt sich der neue Mann Amerikas, welches am Ueberfluß stirbt, als fortschrittlich. Roosevelt, ursprünglich Rechtsanwalt, war bereits in verschiedenen Staatsämtern tätig, zuletzt Guoverneur des Staates Neuyork, ihm geht der Ruf eines tüchtigen Verwaltungsfachmannes voraus. Wie er sich als Staatspräsident bewähren wird, bleibt abzuwarten, alle Hoffnungen, daß er außenpolitisch auf die europäischen Ereignisse einwirken wird, sind im augenblicklichen Stadium mindestens übertrieben und es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß er dort anfangen wird, wo Hoover aufgehört hat und daß er, nach wenigen Monaten, den gleichen Kurs steuern wird, den die amerikanische Hochfinanz bestimmt, die die tatsächliche Herrin der amerikanischen Politik ist, denn zwischen Hoover und Roosevelt gibt es politisch nur einen Wortunterschied, aber keine Gegensätze politischer Entscheidungen.

Doch in diesem Wahlkampf hat eine neue Periode eingesetzt, das ist der Einfluß der Arbeiterklasse und der verarmten Farmer, deren Los keine kapitalistische Losung bessern kann, solange man an der gegenwärtigen Wirtschaftsform festhält. Die amerikanische Presse findet es nicht einmal der Mühe wert, die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten zu verzeichnen, die in diesem Wahlkampf über zwei Millionen überstiegen haben. Eine moderne Arbeiterbewegung bekommt erst durch diesen Wahlkampf eine Ankurbelung, um ein geläufiges Wort zu gebrauchen und wir müssen erst die amerikanische Arbeiterpresse abwarten, um diesen Einfluß aus diesem Wahlkampf beurteilen zu können. Wir sind zuversichtlich, daß der nächste Wahlkampf schon das amerikanische Zweiparteiwahlsystem beseitigen und die Arbeiterklasse und die Farmer (Bauern) als neuen Stand in den politischen Kampf einbeziehen wird. Das ist in diesem Wahlkampf für uns das Entscheidende. Auch Amerika kann, trotz seiner Wirtschaftswunder, nur genesen, wenn es das kapitalistische System überwindet und daß man heut im Land der unbegrenzten Möglichkeiten nichts davon wissen will, ist uns durchaus verständlich und darum wird auch die Politik des kommenden Mannes keine wesentliche Aenderung bringen, als unter anderen Wortbezeichnungen des alten, kapitalistischen Kurses, mit einigen fortschrittlichen Phrasen, die am System selbst noch gar nichts ändern. —ll.

Sturmkatastrophe auf Kuba

Neuyork. Wie aus Havanna gemeldet wird, werden in Kuba nach dem **gewaltigen Sturm bisher 30 Tote und viele Hunderte von Verletzten und Obdachlosen gezählt.** Der Sachschaden ist bedeutend schwerer, als bisher angenommen wurde.

Der Sturm zieht mit noch nie dagewesener Geschwindigkeit in der Richtung auf die Bahama-Inseln weiter. Der schwer gefährdete britische Dampfer „Phemius“ ist in Sicherheit.



Der Sohn vollendet das Olympiawerk des Vaters

Unser Bild zeigt Regierungsbaumeister Werner March, dessen Vater vor zwanzig Jahren das Deutsche Stadion in Berlin-Grunewald für die geplanten Olympischen Spiele 1916 baute, und der jetzt die Pläne zum Umbau des Stadions für die Olympischen Spiele 1936 ausgearbeitet hat.



Amerikas neuer Präsident stellt sich vor

Unser Bild zeigt den neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, im Kreise seiner Familie.

In Deutschland nicht erlaubt!

„Der 9. November und die Arbeiterklasse“ — Eine Rede Löbes im holländischen Rundfunk

Berlin. Im Rahmen eines Sonderprogramms **„Kampf der Arbeiter“** sprach am Mittwoch abend über den **holländischen Rundfunksender Hilversum** der frühere Reichstagspräsident Löbe über das Thema: **„Der 9. November und die Arbeiterklasse“.** Löbe führte in seiner Rede, die anschließend ins Holländische übersetzt wurde, u. a. aus:

Der 9. November 1918 bedeute für den deutschen Arbeiter der Schlußstrich unter das alte kaiserliche Deutschland, **der Durchbruch zur sozialen Freiheit.** Ein System sei zusammengebrochen, dessen Morschheit sich vor allem im Kriege offenbart und das niemand zu verteidigen gewagt hätte.

Die sozialistische Deutsche Arbeiterschaft habe einen Trümmerhaufen übernehmen müssen und nehme für sich den Ruhm in Anspruch, Volk und Staat vom Untergang errettet zu haben.

Erst später seien die Anhänger des alten Systems aus ihrem Schlupfwinkel wieder hervorgekommen und hätten die geleistete Arbeit verunglimpft. **Selbstverständlich habe sich nicht alles so entwickeln können, wie es der Arbeiterklasse in der ersten Begeisterung über die gewonnene Freiheit vorgeschwebt habe.** Aber immerhin sei getan worden, was getan werden konnte. Im Innern habe man eine **freiheitliche Verfassung** geschaffen, die Verwaltung **umgebildet, die Sozialpolitik weiter ausgebaut** und den Anteil der öffentlichen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft verstärkt.

Als außenpolitische Erfolge seien zu bewerten **die Verringerung der Isolierung, die Milderung des Versailler Vertrages und die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.** Bis etwa zum Jahre 1919 habe dieser allmähliche Aufstieg angedauert. Der Einfluß der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens habe **zugenommen und die Lebenshaltung der breiten Massen hätten sich gebessert.** Die Fundamente eines freiheitlichen proletarischen Staates seien in diesen Jahren gelegt worden. Die dann folgenden Jahre, vor allem das Jahr 1931 und das laufende Jahr, hätten jedoch **einen empfindlichen Rückschlag in dieser Entwicklung gebracht, der vor allen auf die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die Reparationslasten zurückzuführen gewesen sei.** In diese Zeit falle die Lahmlegung des Parlaments, der Aufstieg des nationalsozialistischen Faschismus und schließlich **die nur notdürftig kaschierte Diktatur der Junkerkaste.**

In dieser Situation **sei es nur die Sozialdemokratische Partei, die der Arbeiterschaft einen Ausweg weisen könne.** Noch gebe es zahlreiche Arbeiter, die sich durch den Scheinsozialismus der Nationalsozialisten verführen ließen. **Allein nur die Sozialdemokratie sei in der Lage, die notwendige und grundlegende soziale Umgestaltung durchzuführen und bessere Formen menschlichen Zusammenlebens herbeizuführen.**

Kein Rücktritt des Reichskabinetts

Vor dem Empfang der Parteiführer durch den Kanzler

Berlin. Das Reichskabinett trat am Mittwoch zum ersten Male nach den Reichstagswahlen zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Zunächst hielt in der Kabinettssitzung der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht Vortrag. Auf Grund seiner Ausführungen wurde beschlossen, die Arbeitsdienstlager auch den Winter hindurch offen zu halten. Sodann wurde eingehend die politische Lage besprochen.

Es wurde allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine nationale Konzentration wünschenswert sei.

Wie verlautet, dürfte der Kanzler zu diesem Zwecke im Laufe der nächsten Tage die Parteiführer empfangen, um sie über diese Ansicht zu informieren. Ein Rücktritt des Kabinetts oder von Teilen des Kabinetts kommt jedoch nicht in Frage. Nach den neueren Entwicklungen der Dinge ist es auch unwahrscheinlich, daß der Landwirtschaftsminister Freiher von Braun zurücktreten wird, da in der Kontingentfrage eine Lösung auf dem Wege ist, die voraussichtlich alle beteiligten Parteien zufriedenstellen dürfte.

Ferner wurde in der Kabinettssitzung beschlossen anläßlich der Tagung des Reichsrates mit den in Berlin anwesenden Ländermінistern eine Reihe von Besprechungen zu führen. Die amtliche Mitteilung über die Kabinettssitzung wurde nicht ausgegeben.

Die weitere Entwicklung der Dinge dürfte nunmehr die sein, daß das Kabinett seine weiteren Beschlüsse davon abhängig macht, ob es den Parteien gelingt, ein Programm und ein Kabinett der nationalen Konzentration von sich aus zu bilden. Erst wenn dies gelungen ist, dürfte die Frage eines Rücktritts überhaupt erörtert werden.

Neuer Protest Danzigs

Gegen die Einführung der Złoty-Währung bei den Danziger Eisenbahnen

Danzig. Der Danziger Senat hat gegen die Verordnung des polnischen Verkehrsministeriums vom 31. Oktober, wonach ab 1. Dezember 1932 bei den Danziger Eisenbahnen die Zlotyzahlug eingeführt werden soll, beim hohen Kommissar des Völkerbundes, Rosting, Beschwerde eingelegt und gleichzeitig einen Antrag auf Entscheidung gestellt mit der Bitte, festzustellen, das Polen mit dieser Verfügung eine action directe begeht.

Die polnische Verfügung verstößt gegen die bestehenden Danzig-polnischen Abmachungen und Völkerbundsentscheidungen und gefährdet ernstlich die Danzig-polnischen Beziehungen. Was die Rechtslage betrifft, so beruft sich der Danziger Senat in seinem Antrag an den Danziger Völkerbundskommissar darauf, daß die polnische Regierung mit ihrer Verfügung die Entscheidung des Völkerbundskommissars Haking vom 5. September 1921 verletzt, die bestimmt, daß solange die deutsche Währung im Gebiet der freien Stadt Danzig Geltung habe, alle durch das Publikum der freien Stadt geleisteten Zahlungen in dieser Währung erfolgen müßten, sowohl für den Fahrkarten- als auch für den Güterverkehr. Ferner wird der Artikel 8 des Währungsabkommens zwischen Danzig und Polen vom 22. September 1923 veletzt.

Rosting hat dem Präsidenten des Danziger Senats mitgeteilt, daß er den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten habe, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um diese Frage noch auf der November-Tagung des Rates verhandeln zu können, damit vor dem 1. Dezember (dem für das Inkrafttreten der Verordnung vorgesehenen Zeitpunkt) eine Entscheidung durch den Rat gefällt werden könne.

Blutige Unruhen in Genf

Berlin. Eine Gruppe rechtsbürgerlicher Politiker, die sich „Nationale Union“ nennt, hatte nach einer Meldung Berliner Blätter am Mittwoch abend eine antisozialistische Versammlung in ein geschlossenes Lokal einberufen. Die sozialistischen Führer zusammen mit den Kommunisten hatten daraufhin ihre Anhänger zu einer Gegenkundgebung vor diesem Lokal aufgefordert. Die Regierung mobilisierte die Polizei sowie eine Kompagnie junger Soldaten, um Unruhen zu verhindern. Als die auf der Straße versammelte Menge die Truppen ankommen sah, begann sie dagegen zu protestieren und den Soldaten die Gewehre aus der Hand und die Mützen vom Kopf zu reißen, worauf die Truppen gegen 10 Uhr abends den Befehl erhielten, auf die Menge zu schießen. Die Soldaten feuerten dann auch aus einem Maschinengewehr; es gab drei Tote und 15 Schwerverwundete.

Reichstagswahlen und die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien

Die Ursache der polnischen Niederlage in Deutsch-Oberschlesien — Polen wählen Nationalsozialisten
Die polnische Presse über die Wahlniederlage — Der Zusammenbruch und die Aussichten für die Zukunft

Die polnische nationale Minderheit in Deutschland führt bekanntlich jeden Wahlkampf selbständig und sie ist auch bei der Reichstagswahl am 6. November mit eigener Kandidatenliste aufgetreten. Aussicht auf ein Reichstagsmandat bestand nicht, denn dazu sind 60 000 Stimmen erforderlich und die vorletzte Reichstagswahl brachte der polnischen Liste kaum 28 000 Stimmen. Bei der Preußenwahl erhielt die polnische Liste nur noch 15 000 Stimmen. Wenn auch keine Aussicht auf ein Reichstagsmandat war, so wollte man aus nationalen Gründen auf eine selbständige Liste nicht verzichten und dürfte auch bei allen künftigen Wahlen nicht verzichten wollen. Erfolg hin und Erfolg her, aber man wollte die kleine Schar der treuen Wähler zusammenhalten und sie noch vergrößern. Die Wahl selbst brachte der polnischen Minderheit eine arge Enttäuschung,

denn die polnische Liste vermochte mit Mühe und Not 12 000 Stimmen in ganz Deutschland zu vereinigen.

Das ist ein ganz klägliches Ergebnis und für die polnischen nationalen Interessen in Deutschland direkt schädlich, denn die Reichstagswahlen liefern den Beweis,

daß die polnische nationale Minderheit in Deutschland dem Zerfall nahe ist.

Man hat dem Gegner die Blöße gezeigt und dieser Gegner wird zweifellos nicht versäumen, diese Schwäche auszunützen. Man darf nicht vergessen, daß die nationalistische Welle in Deutschland sehr hoch geht und von dieser Seite hat die polnische Minderheit nicht viel zu erwarten.

Die Niederlage der polnischen Minderheit bei den Reichstagswahlen, wirkte wie ein

Keulenschlag auf die hiesige nationalistische Presse,

die anfangs die Sprache gänzlich verloren hat. Die sonst so redselige „Polska Zachodnia“ hat immer noch nicht die Sprache gewonnen.

Krampfhaft wurde nach Terrorakten gesucht, aber man konnte nichts Greifbares finden. Nein, Terrorfälle sind nicht vorgekommen, wenigstens nicht gegen die polnische Minderheit whol nicht etwa deshalb, daß der kämpfende Nationalismus in Deutschland dieser Sache kein Interesse entgegenbringt, sondern

weil die Sache einer Anstrengung nicht einmal wert war.

Die wenigen polnischen Stimmen in Deutsch-Oberschlesien, fallen nicht ins Gewicht. Da blieb der „Zachodnia“ nichts anderes übrig, als sich auf den „Stimmenzuwachs“ in Westfalen und Pommern zu beschränken, unter Verschweigung jener Orte, in welchen im Vergleich zu den Preußenwahlen, ein Stimmenschwund eingetreten ist.

Der von seiner nationalen Einstellung sattsam bekannte „Krakauer Kurjer Ilustrowany“, hat am Wahltage einen

Spezialkorrespondenten nach Oppeln geschickt

und veröffentlicht am 9. d. Mts. einen langen Artikel unter dem Titel: „Niederlage und Ankündigung der Wiedergeburt“. Der Artikel beginnt mit dem Hinweis, daß nach der letzten Volkszählung in dem Oppelner Bezirk immerhin noch 500 000 Polen gezählt wurden. Daran wird natürlich die Bemerkung geknüpft,

daß dieses Resultat gefälscht

ist und mindestens noch einmal so viel Polen dort ansässig sind. Wir wissen zwar nicht, wie in dem Oppelner Bezirk gezählt wurde, sind aber der Meinung, daß man sich

gegenseitig nichts vorzuwerfen hat

und am wenigsten hat der „Blagierek“ dazu das Recht, den andern Fälschungen vorzuwerfen. Dann spricht das Blatt vom Terror,

führt aber keinen einzigen Fall an,

wenn von Allgemeinheiten abgesehen wird, daß die polnischen Kreditbanken von der „Osthilfe“ nichts bekommen. Bei uns bekommen sie von der „Westhilfe“ auch nichts, weder die polnischen noch die deutschen Banken.

Als Ursache der Sonntagsniederlage, wird der

Mangel an Intelligenz vorgeschützt,

aber das ist keine Entschuldigung der Niederlage, denn in den ersten Anfängen der polnischen Bewegung in Oberschlesien hat es auch keine Intelligenz gegeben. Sie kam erst dann, als die Arbeiter bei den Reichstagswahlen gewisse Erfolge erzielt haben.

Ein einziges Argument, das vom „Blagierek“ angeführt wird, ist zutreffend und zwar die Feststellung, daß das polnische Element in dem Oppelner Bezirk sich lediglich aus den Arbeitern und Bauern rekrutiert. In ihren politischen Zielen läßt sich diese Masse durch zwei Momente leiten:

den Klerikalismus und das soziale Unrecht.

Daraus zieht der „Blagierek“ zwei Konsequenzen, die dahin gehen,

daß ein Teil der polnischen Wähler für das Zentrum und der andere Teil für die Kommunisten gestimmt hat.

Diese Schlußfolgerung trifft zu, denn die Sozialdemokraten haben keine polnische Stimmen erhalten. Als unglaublich bezeichnet der „Blagierek“ die Tatsache,

daß viele Polen für die Nationalsozialisten gestimmt

haben und führt das darauf zurück, daß sie wenig aufgeklärt sind. Das glauben wir natürlich auch, obwohl wir die Ansicht der polnischen Nationalisten,

daß ein jeder gebürtiger Oberschlesier, bestimmt auch ein Pole ist,

als Unsinn betrachten.

Mit Recht spricht der „Blagierek“ von einem

Zusammenbruch der polnischen Bewegung

in Deutsch-Oberschlesien, gibt sich aber falschen Hoffnungen hin,

daß die polnische Mittelschule die Situation noch retten kann.

Die Mittlschule wird hier keine Rettung bringen, denn der oberschlesische Arbeiter denkt mit sozialen Kategorien. Sein Vaterland befindet sich immer dort, wo er seine Existenz hat. Wohl sieht seine Existenz in Deutsch-Oberschlchesien nicht sonderlich aus, aber die Existenz der Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien ist noch zweifelhafter. Die Generaldirektoren feiern hier wahre Orgien, und die ganze schlesische Arbeiterschaft hungert bei uns, gleichgültig, ob sie Arbeit hat, oder ohne Arbeit herumläuft.

Unsere wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind für die Arbeiter jenseits der Grenze wahrlich nicht verlockend und das ist die Hauptursache der polnischen Niederlage in Deutsch-Oberschlesien.

Zu den nationalen Phrasen, die da zentnerweise vom „Blagierek“ und der „Zachodnia“ verzapft werden, verspürt der schlesische Arbeiter keine Hinneigung. Das sollen sich die Nationalisten bei uns ins Stammbuch eintragen. Heute ist selbst für den Arbeiter klar geworden, daß seine Zukunft nicht im Nationalismus liegt. Der Nationalismus hat die Verelendung der Arbeitermassen verursacht, der zur völligen Abschnürung der Völker in wirtschaftlicher Hinsicht geführt und die Diktatur der Kartelle aufgerichtet hat.

Polnisch-Schlesien

Die Wahl des Bettlerkönigs

Daß Zigeuner einen Zigeunerkönig haben, ist allgemein bekannt. Michael Kwiek, heißt der Glückliche, der von den Steuergeldern seiner Untertanen, die wieder zusammengestohlen werden, ein molliges und verschwenderisches Leben führt. Als die Bettler von dem Zigeunerkönig erfahren haben, sind sie neidisch geworden und faßten den festen Entschluß, einen „Bettlerkönig“ zu wählen. Bis jetzt haben sie einen „Präses“ gehabt, aber damit konnten sie niemanden imponieren, nicht einmal den Zigeunern. Sie rafften sich auf und pilgerten am Allerheiligentag nach Warschau, um das Nützliche mit dem Praktischen zu verbinden. Am Allerheiligentag machen bekanntlich die Bettler keine schlechten Geschäfte. Die Lebenden pflegen an diesem Tage ein Stündchen bei den Verstorbenen zu verweilen und da gedenkt man auch der Bettler, die sich dem mitleidigen Herz, vor den Friedhofstoren zu erinnern pflegen.

Schon seit Monaten haben die Bettler Polens die lange Tour nach Warschau angetreten, um am ersten November in Warschau erscheinen zu können. Es sind nur die „Delegierten“ nach Warschau gekommen, aber auch sie pflegen mit der Bahn nicht zu fahren, denn das geziemt sich nicht einem Bettler und schließlich bringt es nichts ein, weil die Bettelei im Zuge verboten ist. Es wird daher zu Fuß gepilgert und unterwegs fleißig gebettelt.

Am 1. November kamen etwa 300 „Delegierte“ aus ganz Polen in Warschau an, die zuerst das Fest der Toten berufsmäßig ausgenützt haben, in dem sie „Spalier“ auf den Wegen nach den Friedhöfen bildeten. Der 2. November pflegt dem Bettler auch noch etwas einzubringen und daher konnte auch an diesem Tage die Königswahl nicht durchgeführt werden. Erst am 3. November wurde gewählt.

Die ganze Bettlerinnung, bestehend aus mehr als [illegible] Delegierten, die Warschauer Bettler mit eingerechnet, versammelte sich an diesem Tage im Gasthaus „Zum letzten Groschen“, unweit des Friedhofes, in dem Stadtteil Brudno. Den Vorsitz führte ein 69jähriger Bettler aus Galizien, ein gewisser Klemens Wyczolga, der auch die Wahlen durchführte. Wyczolga wurde auch mit Stimmenmehrheit zum „König“ aller Bettler in Polen gewählt. Es ist selbst bei den Bettlern Brauch und Sinne, eine solche Wahl ordentlich zu begießen. Das hat selbst der neugewählte „König“ eingesehen, aber er zögerte ein wenig damit, denn die Bewirtung von 300 Bettlern, ist in der Krisenzeit doch ein wenig kostspielig. „König“ Wyczolga machte das seinen Bettlerkollegen und -kolleginnen plausibel und schlug vor, eine Kollekte zu veranstalten. Die Bettler hatten dafür Verständnis und stimmten einer Sammlung zu. Da jedoch der „König“ seinen Untertanen nicht sonderlich traute, so blieb ihm nichts anderes übrig, als die Sammlung selbst vorzunehmen. Er nahm die Mütze in die Hand und ging herum, was ihm kaum schwer gefallen ist, weil er solche „Arbeit“ gewöhnt ist. Nach der Sammlung wurde der Inhalt auf den Tisch ausgeschüttet, um festzustellen, wieviel zusammen gebettelt wurde. Bei dem Zählen verfinsterte sich das Gesicht „Seiner Majestät“, denn der Bettlerkönig wurde gewahr, daß er gleich nach seiner Wahl von seinen Untertanen betrogen wurde. Wohl befanden sich im Hut 1-Zlotystücke, 50-Groschenstücke und auch viele 20-Groschenstücke, aber man fand nicht wenig Knöpfe, wertlose Blechmedaillen und selbst falsche 50-Groschenstücke haben sich eingefunden. Das hat den „König“ derart in Aufregung versetzt, daß er seinen Untertanen eine arge Beleidigung ins Gesicht schleuderte und nannte sie „Betrüger“ und „Diebe“, die sich auf seine Kosten vollfressen und vollsaufen wollen. Diese erste „Thronrede“ des neugewählten Königs, hat selbst den Bettlern nicht gefallen und als er ankündigte, daß er zum „Königsfest“ nur seine Vertrauten, etwa 50 angesehene Bettler einladen wird, da brach ein Höllenlärm aus. Die Untertanen wurden rebellisch, erhoben die Fäuste und Stöcke und machten Miene gegen den „König“ vorzugehen. Andere Bettler stellten sich den Rebellen in den Weg und es entstand eine wüste Prügelei. Alle Stühle und Bänke wurden umgeworfen und kaputtgeschlagen. Die Perücken und die falschen Bärte flogen in der Luft herum. Ein Polizeibeamter, der hinzugerufen wurde, stand der Prügelei gegenüber machtlos. Es mußte Polizeiverstärkung herangezogen werden, die mit Mühe die Bettler aus dem Saale wies. 25 Opfer blieben jedoch auf dem Schlachtfelde und wurden von der Rettungsgesellschaft abtransportiert. So hat die erste „Bettlerschlacht“ nach der Königswahl geendet.

Schrecklicher Unglücksfall auf der Charlottengrube

Auf der stillgelegten Charlottengrube in Rydultau, im Kreise Rybnik, ereignete sich am vergangenen Dienstag ein schrecklicher Unglücksfall. Die Grubenverwaltung ließ den imposanten Schornstein abreißen und betraute mit dieser Arbeit einen Spezialisten aus Posen, den Maurer Johann Buchholz. Buchholz erkletterte den hohen Schornstein, und als er sich in der Höhe von 62 Metern befand, verschoben sich plötzlich mehrere Ziegelsteine an jener Stelle, wo sich gerade Buchholz befand. Eine Menge Arbeiter sah dem ganzen Schauspiel zu und sie haben gesehen als Buchholz das Gleichgewicht verlor und in demselben Moment heruntersauste. Aus dem Unglücklichen ist eine Fleischmasse geworden. Buchholz hinterließ Frau und 3 unversorgte Kinder. Die Leiche wurde in das Zechenhaus des Schreiberschachts geschafft. Eine gerichtliche Kommission ist in Rydulau erschienen, um die Ursachen des Unglücksfalles festzustellen.

Die Tragödie einer Mutter

Feldbesitzer erschießt eine flüchtende Frau — Urteil: 9 Monate Gefängnis

Gestern fand vor der Strafkammer in Königshütte unter großem Andrang des Publikums die Verhandlung gegen den Paul Kowollik aus Friedenshütte statt, der, wie seinerzeit berichtet, in der Nacht zum 14. September d. Js., als er auf seinem Felde zwischen Martinschacht und Friedenshütte, auf der Lauer nach Kartoffeldieben lag, die 35 Jahre alte Agnes Morys aus der Kolonie Martinschacht, durch einen Revolverschuß tödlich niedergestreckt hat.

Kurz nach 9 Uhr früh wurde der Angeklagte, ein 40jähriger Hüttenarbeiter aus Friedenshütte, in den Gerichtssaal geführt. Keine Spur von Reue war an ihm festzustellen. Die erweiterte Strafkammer setzte sich aus dem Vizepräsidenten Kleski und den Landrichtern Broj und Starnowski zusammen. Als Staatsanwalt fungierte Rolecki, die Verteidigung oblag dem Rechtsanwalt Dr. Hull. Nachdem die umfangreiche Anklageschrift, die auf dem Paragraphen 225 (Mord) aufgebaut war, verlesen war, schilderte der Angeklagte den Vorfall.

In der Zeit vor der Tat sind ihm von seinem Felde schätzungsweise etwa 12 Zentner Kartoffeln gestohlen worden, so daß er den Entschluß faßte, an den Tagen, wo er Feierschichten hatte, auf seinem Felde zu wachen, um weitere Diebstähle zu verhindern, da er, infolge seines geringen Verdienstes, auf den Ertrag seines Feldes angewiesen war. So begab er sich auch mit einem gewissen Melchior Gaida aus Friedenshütte, der dort gleichfalls ein Feld hatte, am 13. September, unter Mitnahme eines Revolvers, für den er

keinen Waffenschein

besaß, auf die Lauer. Gegen 22 Uhr wurden plötzlich mehrere Personen bemerkt, die in der Richtung nach dem Martinschacht zu sich bewegten. K. forderte sie nun auf, stehen zu bleiben, und als diese flüchteten, gab er mehrere Schüsse aus der Waffe ab.

Der letzte Schuß traf die Ehefrau Morys in die Schläfe.

Der Angeklagte versicherte, daß er nur Schreckschüsse abgeben wollte, um die Kartoffeldiebe ein für alle Male abzuschrecken. Bald nach der Tat erfolgte seine Verhaftung, wobei er vorher die Waffe in einem Musikapparat versteckt hatte.

Die Zeugenvernehmung war für den Angeklagten sehr belastend. Zunächst bekräftigte Gaida, der mit K. gewacht hatte, daß dieser hinter den Flüchtenden hergeeilt sei und fortgesetzt aus dem Revolver geschossen hat. Als nun beide sahen, daß jemand zusammengebrochen war, liefen sie dort hin und

fanden die M. bereits leblos vor.

Aus den Aussagen mehrerer Arbeitsloser aus Lipine, wurde entnommen, daß

der Ehemann der erschossenen M. krank und erwerbslos war und sich die Frau zu ihnen gesellt hat, um Nahrung für ihre drei Kinder zu beschaffen.

Nachdem aber die Nacht an diesem Tage sehr mondhell war, haben sie den Plan aufgegeben und waren auf dem Heimwege begriffen, als plötzlich die Schüsse fielen. Während es den männlichen Personen gelang, sich durch die Flucht zu entziehen, blieb die M. zurück und wurde von dem nacheilenden K. erschossen. Wesentlich waren die Aussagen des Zeugen Paul Händel, der gleichfalls sein Feld bewachte und am Abend vorher die Worte von K. gehört hat, daß dieser

ohne Rücksicht schießen

werde, sobald er jemanden auf seinem Felde erblickt. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er (Kowollik) die Waffe hatte, gab er an, diese

als Andenken aus dem Aufstand

zu besitzen. Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Nach längeren Ausführungen beantragte der Staatsanwalt, Anwendung des Paragraphen 225, da **vorsätzlicher Mord** vorliegt. Der Angeklagte habe so lange geschossen, führte der Staatsanwalt aus, bis er jemanden niedergestreckt hat, was auf einen vorsätzlichen Mord schließen läßt, obwohl kein Grund dazu vorhanden war, weil die Täter flüchteten. Der Verteidiger erklärte in seiner Verteidigungsrede, daß die Beweisaufnahme nichts erbracht hat, was auf einen vorsätzlichen Mord schließen lassen könnte. Er beantragte Anwendung des Paragraphen 230 und bat um mildernde Umstände. Nach kurzer Beratung wurde K. zu

9 Monaten Gefängnis wegen fahrlässigen Totschlags und zu zwei Monaten Gefängnis, wegen unbefugten Waffentragens

verurteilt. Die Gesamtstrafe lautet auf 10 Monate Gefängnis. **Die Amnestie kommt nicht in Frage,** weil die Tat bereits nach dem 1. September ausgeführt wurde. Dafür wurde dem Angeklagten die Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. k.

Kattowitz und Umgebung

Festnahme einer Einbrecher- und Diebesbande.

Vor einigen Tagen berichteten wir über den schweren Einbruch in das Juweliergeschäft der Elisabeth Weiß auf der ulica Marjacka in Kattowitz. Die Täter entwendeten dort eine Menge Wertgegenstände, im Werte von 2000 Zloty. Der Kattowitzer Kriminalpolizei gelang es inzwischen, die Schuldigen festzunehmen. Es handelt sich um den 18jährigen Maximilian Klimek und den 26jährigen Josef Zboch, beide in Krakau wohnhaft. Ein Teil des Diebesguts wurde vorgefunden und der Bestohlenen wieder zugestellt. Die Einbrecher wurden in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. — Einen weiteren Einbruchsdiebstahl, und zwar in die Lagerräume der Firma „Tri“ im Ortsteil Ligota, gelang es der Kattowitzer Kriminalpolizei aufzuklären. Arretiert wurden ein gewisser Rudolf Zielinski, Konrad Stach und Leonhard Wroz aus Ligota. Ermittelt werden konnte ferner als Hehler der Walter F. aus Königshütte, welcher dem Diebestrio einen Teil der gestohlenen Sachen abkaufte. Zielinski und Stach wurden dem Kattowitzer Gerichtsgefängnis zugeführt, während es im letzten Moment Wroz gelang, zu entkommen. x.

Deutsche Theatergemeinde. Heute abends 8 Uhr, findet die Erstaufführung der Operette „Madame Pompadour“ statt. Karten an der Kasse des Deutschen Theaters ulica Teatralna täglich von 10—2½ Uhr, und an der Abendkasse. Tel. 16—47.

Kontrolltermine für stellungslose Kopfarbeiter. Nach einer Bekanntgabe des Arbeitsvermittlungsamtes Kattowitz II haben sich zur Arbeitslosen-Kontrolle zu melden: Erwerbslose Frauen am 10. und Männer am 12. November d. Js. Die Bescheinigung zwecks Ueberweisung an die Krankenkasse muß vollkommen ausgefüllt bei der Kontrolle und zwar in der ersten Hälfte eines jeden Monats vorgelegt werden. y.

Verkehrskarteninhabern zur Beachtung! Der Kattowitzer Magistrat teilt mit, daß, bis einschließlich zum 15. November, die Verkehrskarten mit den Nummern 75 001 bis 87 500 zwecks Abstempelung für das Jahr 1933 bei der Verkehrskartenabgabestelle, ulica Pocztowa 7, Zimmer 3, entgegengenommen werden Bei der Abgabe der Verkehrskarte ist eine Gebühr von 2 Zloty zu entrichten. y.

Kostenlose, ärztliche Beratung bei den Mütterberatungsstellen. Die städtische Wohlfahrtsabteilung gibt bekannt, daß sich z. Zt. im Bereich der Großstadt Kattowitz zusammen 7 Mütterberatungsstellen befinden und zwar: Im Verwaltungsgebäude, ulica Slowackiego in der Altstadt, im Markiefkastift in Bogutschütz-Nord, ferner im Rathaus Zawodzie und Zalenze, auf der ulica Dembowa im Ortsteil Domb, sowie schließlich auf der ulica Ligocka im Ortsteil Ligota und auf der ul. Kochlowicka im Ortsteil Wujek-Kattowitzerhalde. Dortselbst werden den werdenden Müttern und Müttern erkrankter Kinder kostenlos ärztliche Beratungen zuteil. Die Beratungen der Mütter erfolgen durch anerkannt gute Fachärzte, an welche man sich in allen zweifelhaften Fällen vertrauensvoll wenden kann. y.

Ergebnis der letzten Sammelaktion. Bei der letzten Sammelaktion, welche am vergangenen Sonntag in Kattowitz zugunsten der Arbeitslosen und deren Familienangehörigen abgehalten worden ist, wurden zusammen rund 200 Zloty einkassiert. y.

Aus dem Königshütter Stadtparlament

Gegen die Exmissionen-Klagen über die mangelhafte Kartoffelbelieferung — 10000 Zloty für einen Wohnbarackenbau — Zunahme der städtischen Zuschüsse — Außenstände von 20000 für elektrische Lichtentnahme — Schlechte Aussichten

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung standen trotz der geringen Tagesordnung wichtige Angelegenheiten zur Beschlußfassung. In erster Linie ist es zu begrüßen, daß einstimmig der Beschluß der Aufhaltung der Exmission gefaßt und an die Wojewodschaft geleitet wird. Damit soll bezweckt werden, daß das erlassene Dekret des Staatspräsidenten in bezug auf das Exmissionsverbot während der Winterszeit auch auf die Wojewodschaft Schlesien und ganz besonders unter die nicht unter das Mieterschutzgesetz fallenden Neu-, Umbauten und Aufstockungen, ausgedehnt wird. Es geht nun einmal nicht an, daß Menschen unter den Unbilden des Winters in Ställen oder gar im Freien kampieren. Wenn dieses Dekret nicht auf die Wojewodschaft ausgedehnt wird, dann ist zu erwarten,

daß in Königshütte weitere 40 Familien wohnungslos werden.

Stadtpräsident Spaltenstein hegt die Hoffnung, daß diesem Beschluß Rechnung getragen wird.

Die diesjährige Kartoffelverteilung an die Arbeitslosen, Ortsarmen usw. wurde einer Kritik unterzogen, weil sie die schlechteste seit Bestehen ist. Auch wurden Klagen laut, daß die Verwiegungen nicht korrekt vorgenommen wurden, wenn in manchen Waggons 60—70 Zentner Ueberschuß aufzuweisen war. (!) Der 1. Bürgermeister führte die Gründe an, die zu dieser schlechten Belieferung geführt haben, die Stadtverwaltung trifft hier keine Schuld. Die von der Stadt bestellten 500 Tonnen Kartoffeln, wurden in 6 Tagen zur Ausgabe gebracht. Der Haupthilfsausschuß der Wojewodschaft hat die Versorgung in diesem Jahre übernommen. Jedoch steht das eine fest, daß bis zum 15. d. Mts. alle Kartoffelberechtigten ihre Kartoffeln erhalten werden, nachdem auch der Vertrag der Lieferung dahin lautet.

Ein Kapitel für sich bleiben die ständigen Zuschüsse, die von der Stadtverwaltung in verschiedenen Formen geleistet werden müssen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Seitens der Wojewodschaft werden selten die vollen Beiträge zu den Auszahlungen der Arbeitslosenunterstützung überwiesen. Fast jeden Monat muß die Stadt 50 v. H. der benötigten Summen aus ihren Mitteln vorschüssen, wenn überhaupt die Auszahlungen voll erfolgen sollen. Dieser unhaltbare Zustand kann von der Stadtverwaltung nicht weiter getragen werden weshalb man sich an die Wojewodschaft wenden wird. Hinzu kommt noch, daß trotz der um die Hälfte eingehenden Steuern, auch in letzter Zeit die Begleichungen der elektrischen Lichtrechnungen stark zurückgehen. Für den Monat September allein, sind

Außenstände von annähernd 20 000 Zloty vorhanden.

Für den Monat Oktober dürfte sich die Summe bedeutend erhöhen. Hieraus ist zu ersehen, daß die Ausgaben der Stadt im ständigen Zunehmen begriffen sind, dagegen die Einnahmen sehr spärlich eingehen und sich schlecht eintreiben lassen. Darum wird schon heute die Befürchtung ausgesprochen, wie die vorgesehenen Ausgaben und Ueberschreitungen am Jahresende gedeckt werden. Demnach sind die Aussichten für die Zukunft auch für die sonst ziemlich gut fondierte Stadt Königshütte nicht rosig.

Der Versammlungsverlauf.

Um 17 Uhr eröffnet Stadtverordnetenvorsteher Strozyk die Sitzung mit der Bekanntgabe, daß die verschiedenen Protokolle über die abgehaltenen Revisionen in den städtischen Kassen und auch der Stadtsparkasse zur Einsicht ausgelegt worden sind. Einige Anfragen und ein Dringlichkeitsantrag, betreffend der Gewährung von Weihnachtsunterstützungen werden zum Schluß der Tagesordnung zurückgestellt. Als Protokollunterzeichner werden die Stadtverordneten Pollak und Drost bestellt.

Als Bezirksvorsteher für den 21. Bezirk wird der Skarbofermebeamte Josef Sieronski, von der ulica Mickiewicza 18 gewählt, ferner für den ausgeschiedenen Dr. Strzoda in den Gesundheitsausschuß, Dr. Skotarek. In die Preisfestsetzungs- und Prüfungskommission wurden auf Vorschlag seitens der Landwirtschaftskammer die Herren Josef Buchta und Karl Holtz und als Vertreter der Angestellten, Magistratsinspektor Swoboda gewählt. Aus der Neuwahl von Mitgliedern für den Revisionsausschuß der städtischen Sparkasse für das Jahr 1933 gingen Stadtverordneter Zawisza und Bankbeamter Klimek hervor.

Das bisherige Statut betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der städtischen Beamten wurde dahin abgeändert, daß die kontraktlich angestellten Beamten eine jährliche Entschädigung von 50 Zloty für die Begleichung der Krankenkassenbeiträge erhalten.

Infolge der ständigen Zunahme des jüdischen Bevölkerungsteiles, haben sich die bisherigen Klassenräume in der Volksschule an der ulica Kazimierza als zu klein erwiesen. Da die 300 Kinder nicht in zwei Klassen auf die Dauer unterrichtet werden können, mußten zwei bisherige Wohnungen in dieser Schule freigemacht werden und diese für Klassenzimmer eingerichtet werden. Die hierzu benötigten Mittel in Höhe von 5500 Zloty wurden für den Ausbau bewilligt.

Weil die Stadt die benötigten 2 500 Tonnen Kartoffeln von dem Hauptausschuß der Wojewodschaft nicht erhalten hat, mußte sie 500 Tonnen Kartoffeln selbst beschaffen. Dadurch ist eine vorhergesehene

Mehrausgabe für die Kartoffeln und der 50prozentigen Tragung der Frachtkosten in Höhe von 40 000 Zloty entstanden,

die zur Begleichung bewilligt wurde. Bei dieser Gelegenheit protestiert Stadtv. Mazurek gegen die unterschiedliche Belieferung, seitens des Ausschusses. Andere Städte und Gemeinden sind mit der Kartoffelverteilung schon längst am Ende, während es in Königshütte erst im Laufe der nächsten Woche der Fall sein dürfte. Stadtverordneter Schmidt ersucht im nächsten Jahr um eine andere Zuteilung und Einteilung der Ausgabetage,

weil die diesjährigen Verteilungen direkt einen Skandal bedeuten.

Stadtv. Tabor frägt an, wie es möglich ist, daß bei manchen Waggons ein Ueberschuß von 60—70 Zentnern geworden ist. Nachdem noch Stadtv. Wrobel weitere Klagen vorbringt, geben Stadtpräsident Spaltenstein und Stadtrat Adamek in dieser Richtung Aufklärung. Auf die Anfrage des Stadtv. Mazurek,

wann mit der Kohlenbelieferung begonnen wird, wird von Magistratsseite mitgeteilt, daß die Verteilung anschließend an die Kartoffelverteilung vorgenommen wird.

Einstimmige Annahme fand der Vorschlag des Magistrats betreffend der

Novellisierung des Mieterschutzgesetzes

und deren Uebersendung an den Schlesischen Wojewodschaftsrat. Nach dem Vorschlag wird verlangt,

daß das vom Staatspräsidenten erlassene Dekret auch auf die Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird, um weitere Exmissionen durch die Gerichte zu unterbinden.

Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden, dann dürften weitere 40 Exmissionen erfolgen. Auf die Anfrage eines Hausbesitzers, warum die Wojewodschaft nicht genügend Geldmittel aus dem Wirtschaftsfonds zum Bau von Häusern eventuell Baracken der Stadt überweist, wird vom Ersten Bürgermeister mitgeteilt,

daß die Stadt in diesem Jahre noch nicht einen einzigen Groschen erhalten hat, trotzdem andererseits monatlich mehrere Tausend Zloty dahin abgeführt werden.

Zugestimmt wurde einem Antrage auf Bewilligung von 10 000 Zloty für den bereits erfolgten Bau einer Wohnbaracke an der ulica Wandy. Dieser Betrag soll aus eventuellen Ueberschüssen des diesjährigen Etats gedeckt werden. Stadtv. Wojanski bemängelt die Ausgaben dahin, daß sie niemals wieder eingetrieben werden, weil die in den Baracken wohnenden Familien infolge der Arbeitslosigkeit keine Miete bezahlen können. Er verlangt, daß die Kostendeckung seitens der Wojewodschaft erfolgen soll oder der Wirtschaftsfonds einen Teil der Unkosten zu bestreiten verpflichtet wäre. Stadtpräsident Spaltenstein schildert die schlechte Finanzlage der Stadt, die auf die geringen Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Die Stadt wird nach den bisherigen Berechnungen bis zum Jahresende des Haushaltungsplanes

400 000 Zloty an Zuschüssen zu leisten haben.

Von wo diese herausgebracht werden sollen, bleibt eine Frage der Zeit.

Ein Dringlichkeitsantrag der Linksparteien fordert die Gewährung einer

einmaligen Weihnachtsunterstützung

in Höhe von 50 Zloty für Arbeitslose, Ortsarme, Invaliden und Witwen, für jedes weitere Kind 20 Zloty, Ledige 30 Zloty. Nach den Begründungen wird der Antrag an den Magistrat verwiesen und nochmalig in der nächsten Stadtverordnetensitzung auf die Tagesordnung gesetzt und behandelt.

Stadtv. Wrobel frägt an, wie es mit der Strompreisermäßigung bestellt ist und wann die Verbraucher mit der Verbilligung bedacht werden. Erster Bürgermeister Spaltenstein erwidert hierauf, daß mit der O. E. W. bereits 6 Monate in dieser Angelegenheit Verhandlungen geführt werden, die zu keinem Resultat geführt haben. Nach den Auslassungen der Direktion ist mit einer

Ermäßigung überhaupt nicht zu rechnen, da der Verbrauch im ständigen Abnehmen begriffen ist,

was allgemein auf die große Sparsamkeit zurückzuführen ist. Trotz solcher Erklärungen, werden seitens der Stadtverwaltung die Verhandlungen weiter geführt und werden schließlich doch zu einem günstigen Ergebnis, wenn auch später einmal führen.

In einer geheimen Sitzung wurde neben der Regelung von Personalangelegenheiten, als Direktor des städtischen Schlachthofes der bisherige Kreis-Veterinärarzt, Joschko gewählt. Mit diesem Beschluß hat die Sitzung nach dreistündiger Dauer ihr Ende gefunden, mit der Bekanntgabe, daß noch eine Sitzung vor den Weihnachsfeiertagen stattfinden wird. k.

Königshütte und Umgebung

Auszug u. neuer Zuzug in die „Pferdestallwohnungen“.

Trotz der Schaffung von Wohnungen durch Neu-, Umbauten und Aufstockungen, ist die Wohnungsnot in der Stadt immer noch eine große, und es werden noch viele Jahre vergehen, bis eine Beseitigung erfolgt sein wird. Nachdem verschiedene Familien in solche neugeschaffene Wohnungen notgedrungen gezogen sind, um ein Dach über dem Kopf zu haben, stellten sich bald darauf hin die ersten Schwierigkeiten in der Bezahlung der hohen Mieten für solche Wohnungen. Durchschnittlich werden für Wohnungen in umgebauten oder aufgestockten Häuser für Stube und Küche 60—65 Zloty Miete verlangt. Wenn nun solche Wohnungsinhaber arbeitslos geworden sind, und die Miete nicht bezahlen können, weil die gewährte Unterstützung so gering ist, daß sie nicht einmal ausreicht, um den notdürftigsten Lebensbedürfnissen nachkommen zu können, so werden sie exmittiert und auf die Straße gesetzt. Das die Exmission aussprechende Gericht beruft sich darauf, daß solche Wohnungen nicht unter das Mieterschutzgesetz fallen und demnach der Hauswirt das freie Verfügungsrecht besitzt. Und so kommt es sehr oft vor, daß man in den Straßen oder vor dem Rathause ganze Möbelladungen sehen kann, die von solchen Exmissionen herstammen Solche bedauernswerte Familien greifen dann zu allen möglichen Unterkunftsmöglichkeiten. So hatten sich in einem Schuppen auf dem Pferdemarktplatz an der ulica Katowicka, der bei schlechtem Wetter an Markttagen für die Unterbringung von Pferden und Vieh dient, seit mehreren Monaten mehrere wohnungslose Familien seßhaft gemacht und die dort unter menschenunwürdigen Verhältnissen ihr kümmerliches Dasein fristen. Um nun diesen bedauernswerten Menschen einigermaßen zu helfen, hat die Stadtverwaltung an der ulica Wandy eine größere Notbaracke mit einem Kostenaufwande von 10 000 Zloty errichten lassen und hat, die dort in dem Pferdestall wohnenden Familien untergebracht. Kaum daß diese Familien den Pferdestall verlassen hatten, setzten sich sofort einige weitere Familien darin fest Durch Holzverschläge versucht man sich vor der jetzt schon kalten und rauhen Luft zu schützen. Die Wäsche wird auf dem freien Platz zum Trocknen ausgehangen und es bei fremden Personen, die die Verhältnisse nicht kennen, den Eindruck erweckt, als ob daselbst Zigeuner sich niedergelassen hätten. Da es nun nicht einmal angeht, daß Menschen unter solchen Umständen „wohnen“. wandten sich die städtischen Körperschaften an die Wojewodschaft. damit die Exmissionen auch in den neugeschaffenen Wohnungen nicht ausgeführt werden dürfen, und dahin das Dekret des Staatspräsidenten erweitert wird. k.

Die Kartoffelverteilung für die Armen und Arbeitslosen der Stadt Königshütte!

Die erste Lieferung der Kartoffeln erfolgte am 17. Oktober d. Js. Zu liefern hatten wir 250 Tonnen. Heute fehlen uns noch zirka 50 Waggons. Täglich werden an den Bahnhof zirka 10 uniformierte Polizeibeamten mit einem Kommissar, bewaffnet mit Gummiknüppel und Revolver, kommandiert. 2—3 Kommunalbeamten, ein Apparat von täglich 40 Mann, zur Abladung stehen zur Bereitschaft, und in den letzten Tagen haben wir 1, 2 bis höchstens 3 Waggons Kartoffeln erhalten. Die Arbeitslosen warten wochenlang, sogar schon von abends 8 Uhr ab, und können keine Kartoffeln erhalten. Bei der geringsten Unruhe greift die Polizei mit Gummiknüppeln ein.

So sieht die Kartoffelverteilung für die Ortsarmen und Arbeitslosen der Stadt Königshütte aus!

Deutsches Theater. Dienstag, den 15. Nov., 20 Uhr: „Madame Pompadour“, Operette von Leo Fall. Im Abonnement. Der Vorverkauf hat begonnen. Kassenstunden von 10 bis 13 Uhr und 16,30 bis 18,30 Uhr. Tel. 150. — Am Sonntag, den 20. Nov. werden die Operetten „Der Vogelhändler“ um 15,30 Uhr und „Madame Pompadour“ um 20 Uhr wiederholt. Der Vorverkauf beginnt am 15. Nov.

Arbeiterdelegation begibt sich nach Warschau. Nach einem Beschluß der letzten Betriebsversammlung der Werkstättenverwaltung, begibt sich dieser Tage eine Delegation von Arbeitervertretern der Werkstättenbetriebe nach Warschau, um in den verschiedenen Ministerien wegen Auftragserteilung vorzusprechen und die große Notlage der Arbeiter der Königshütte zu schildern. k.

Unglückliche Stürze. An der ulica Styczynskiego wurde die Anna Krause von herumlaufenden Kindern zu Boden geworfen und brach dadurch ein Bein. Ferner kam an der ulica Ogrodowa die Maria Kains auf dem Bürgersteig zu Fall und zog sich eine schwere Beinverletzung zu. Ueberführung mußte in beiden Fällen in das Krankenhaus erfolgen. k.

Freitodversuch. Die Stephanie Z. von der ulica Gornicza 21, versuchte ihrem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten, indem sie eine größere Menge Lysol einnahm. Im bewußlosen Zustande schaffte man die Lebensmüde in das Krankenhaus. Der Grund zur Tat soll unglückliche Liebe sein. k.

Ausschreitung eines Chauffeurs. Der Chauffeur der Autotaxe Sl. 9213 ließ sich eine schwere Ausschreitung zuschulden kommen und wurde bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Ein Fahrgast aus Orzegow ließ sich vom Königshütter Ring nach Lipine bringen. Als es zum Bezahlen kam, forderte der Chauffeur auch die Rückfahrt beglichen, zu der er keine Berechtigung hatte. Da der Fahrgast nur 4,20 Zloty bezahlte, drohte ihm der Chauffeur und versperrte ihm mit dem Wagen den Weg. k.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht drangen unbekannte Täter in den Kiosk des Josef Klucznik an der ulica Katowicka ein, entwendeten verschiedene Waren im Werte von 200 Zloty und verschwanden in unbekannter Richtung. k.

Merkwürdige Praktiken eines Kaufmanns. Gestern wurde die Polizei von einem Angestellten der Firma Lubelski in den Kaufladen gerufen, mit der Bemerkung, daß dort mehrere Kunden einen „Beisel“ machen. Als die Polizei am Tatort erschienen war, mußte sie feststellen, daß zwei Käufer sich ruhig verhielten und darüber Klage führten, daß ihnen der Inhaber andere Ware aufzwang und ihnen die ausgesuchte Ware nicht aushändigen wolle. Als die Polizei den Kaufmann darüber zur Rede stellte, erklärte er, daß er nach seinem Wunsch jedem Käufer Ware aushändigen kann. Ferner wäre die Polizei da, ihn dahin zu unterstützen. Wegen Mißbrauch der Polizeigewalt wird sich der Kaufmann zu verantworten haben. k.

Siemianowitz

Magistratsbeschlüsse.

Auf der Montagsitzung des Magistrats wurde die brennende Frage der Fertigstellung des Schulneubaues erörtert. Da sich zur Zeit der Schulraummangel stark fühlbar macht, wurde der Antrag gestellt, die neue Schule seiner Bestimmung zuzuführen und die Arbeiten sollen soweit beschleunigt werden, daß die Schule am 1. Februar 1933 fix und fertig dasteht. Allerdings wird es nicht möglich sein, zu diesem Zeitpunkt die Schule zu eröffnen, da die Mittel für die Inneneinrichtung bis dahin kaum beschafft werden können. Weiter wurde in dieser Angelegenheit des Schulraummangels beschlossen, die Volksschulen mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, um eventl. im Bedarfsfalle den Nachmittags- bezw. Abendunterricht einzuführen. Die Pläne wurden zur weiteren Bearbeitung der Bauabteilung überwiesen, welche bei der nächsten Stadtverordnetensitzung Bericht erstatten soll.

Für die Rettungsbereitschaft soll auf einen diesbezüglichen Antrag hin die Summe von 640 Zloty ausgeworfen werden zum Ankauf von Verbandsmitteln und Medikamenten sowie zur Anschaffung eines neuen Desinfektionsapparates zum reinigen des Sanitätswagens. Für die Fleischbeschauer wird für jeden Fall der Feststellung krankhaften Fleisches (Trichinen) eine Prämie von 25 Zloty festgesetzt. Desgleichen wird für diese Zwecke ein neues Mikroskop für den Preis von 250 Zloty angeschafft. Eingangs der Sitzung kamen noch verschiedene Steuerangelegenheiten zur Besprechung. Alle diese Fragen werden Punkte zur Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung bilden. o.

Deutsche Theatergemeinde. Am Sonnabend, den 12. November veranstaltet die Ortsgruppe der deutschen Theatergemeinde im Generlich'schen Saale einen bunten, heiteren Abend mit einem recht vielseitigen Programm. Zu dieser Veranstaltung ist der berühmte humoristische Vortragskünstler Emil Kühne, Berlin gewonnen worden. Emil Kühne ist ein vielseitiger Künstler der frohen Kunst. Heitere Lieder zur Laute, ernste und humoristische Vorträge und Deklamationen wechseln in bunter Reihe einander ab. Der Künstler versteht es, wie kein anderer, echte Freude unter den Zuhörern zu verbreiten. Die ausländische Presse stellt Kühne in die erste Reihe der heiteren Kunst und so steht dem hiesigen Theaterpublikum ein äußerst genußreicher Abend bevor. Lachen ist gesund. Wer also die Alltagssorgen einmal gründlich vom Herzen herunterlachen will, versäume nicht, sich rechtzeitig mit Karten im Vorverkauf aus der Geschäftsstelle der Laurahütter Zeitung, Beuthenerstraße, zu versorgen. o.

Wochenmarktverlegung. Wegen dem Nationalfeiertag wird der Wochenmarkt am Freitag auf den folgenden Sonnabend verlegt. o.

Tödlicher Unfall in einem Notschacht. Der 37jährige Fabisch Gottfried von der Fitznerstraße Nr. 22 ist gestern in einen Notschacht bei Schellerhütte so schwer verletzt worden, daß er nach Einlieferung ins Knappschaftslazarett seinen Verletzungen erlag. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kinder. Ueber die Ursache des Unglücks wird uns mitgeteilt, daß Fabisch im Schachte von einem sich von oben lösenden Stein getroffen wurde. o.

Ein 14jähriges Mädchen verschwunden. Die 14 Jahre alte Charlotte Löhnert, wohnhaft auf der Beuthenerstraße Nr. 71 entfernte sich vor Monatsfrist aus der elterlichen Wohnung, ohne bis jetzt zurückgekehrt zu sein. Ueber den Verbleib des Kindes herrscht tiefes Dunkel und man befürchtet, daß dem Kinde ein Unglück zugestoßen oder es einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Bekleidet war das Mädchen mit einem roten Kleid, braunem Mantel und braunen Halbschuhen. Wer etwas über den Verbleib der Verschollenen weiß, möge dies bei der nächsten Polizeistelle melden. o.

Ein Hund vom Auto getötet. Gestern, in der Mittagsstunde, wurde ein großer Bernhardiner des Kaufmanns Knappik auf der Wandastraße, von dem Auto Sl. Nr. 1128 überfahren und auf der Stelle getötet. o.

Den Hauswirt blutig geschlagen. Zum Danke dafür, daß der Hauswirt Cieplik von der Spindlerstraße seinem Mieter Anselm B. am Montag um die Mitternachtsstunde das Haustor öffnete, wurde er von diesem arg mißhandelt und blutig geschlagen. Diese Dankbarkeit wird ein Nachspiel vor dem Richter haben.

Diebstahl. Es wird heut alles gestohlen, was nicht niet- und nagelfest ist. Vor ein paar Tagen ist dem Friseur Szyrba von der Beuthenerstraße nachts sogar sein Aushänge-Zunftschild gestohlen worden. o.

Verurteilung mehrerer Schmuggler. Die vor Jahresfrist an der grünen Grenze bei Hohenlinde festgenommene Schmugglergruppe Kuban, Kummer, Kahl und Bromm hatte sich am gestrigen Tage wegen Schmuggels vor dem Burggericht in Kattowitz zu verantworten. Kuban, welcher bekanntlich von einem Grenzposten durch Bauchschuß schwer verletzt wurde, erhielt 12 Tage Gefängnis. Desgleichen Kummer, welcher ebenfalls durch einen Beinschuß verletzt wurde, 6 Tage Gefängnis. Die beiden anderen Kahl und Bromm erhielten je 5 Tage Gefängnis. o.

Ein neuer Kehrbezirk. Für die Stadt Siemianowitz ist ein neuer Kehrbezirk (der dritte) geplant. Schornsteinfegermeister Saternus, zur Zeit Leiter der städtischen Feuerwehr, soll diesen Bezirk übernehmen. o.

Katastrophale Lage in der Laurahütte. Die Arbeitslage in der Laurahütte wird immer bedrohlicher. Im laufenden Monat haben die meisten Abteilungen noch nicht eine einzige Schicht verfahren. Es ist auch keine Hoffnung, daß sich die Lage in nächster Zeit zum Bessern wendet. o.

Die Schwimmhalle wird nicht geschlossen. Die Gerüchte, daß die Schließung der städtischen Schwimmhalle bevorstehen soll, bewahrheiten sich nicht und der Betrieb soll weiter wie bisher aufrecht erhalten werden. o.

Myslowitz

Rücksichtsloses Vorgehen des Myslowitzer Finanzamtes.

Langsamer aber sicherer Ruin der Gewerbetreibenden und Kaufleute.

Es ist recht sonderbar, daß gerade in Myslowitz die Steuereinschätzung der Kaufleute und Gewerbetreibenden vom Finanzamt in einer solchen Weise vollzogen wird, wie es wohl in anderen Städten nicht der Fall sein dürfte. Die dadurch immer größer werdende Erbitterung der Steuerzahlenden gegen das Finanzamt, denen unglaubliche Fehler bei der Steuereinschätzung und Steuereinziehung unterlaufen, ist in jeder Weise verständlich, da die Gewerbetreibenden systematisch zur Aufgabe ihrer Geschäfte gezwungen werden. Die vielen Bankerotte in Myslowitz sind letzten Endes auch das beste Zeichen dafür, daß ohne Rücksicht, auch wenn der Gewerbetreibende im vollen Recht ist, gegen die Existenz vorgegangen worden ist. An und für sich ist überhaupt von einer gesunden Geschäftsentwicklung in der heutigen schweren Zeit kaum zu sprechen. Die Tageseinnahmen der meisten Geschäftsleute reichen kaum noch für den Lebensunterhalt aus, geschweige erst auf die anderen Verpflichtungen. Unter den vielen täglichen Handlungen des Finanzamtes, sei besonders ein krasser Fall erwähnt. Vor einigen Tagen begab sich ein Myslowitzer Geschäftsmann auf das Finanzamt, zwecks Vorlage seiner Geschäftsbücher. Wie groß war das Erstaunen des Kaufmannes, dem ein Auszug über eine Warenlieferung im Dezember vorgelegt wurde, die er nie erhalten hat. Sogar die Güterabfertigung hatte das vorgelegte Formular des Finanzamtes abgestempelt. Trotz der Versicherung des Geschäftsmannes, das hier ein Irrtum vorliegt wurde seinen Angaben kein Glauben geschenkt. In weiterer Prüfung, stellt es sich auf der Güterabfertigung heraus, daß eine Warenlieferung im Dezember an den Betreffenden nicht stattgefunden hat. Es ist nicht zu verstehen, wie die Güterabfertigung es fertigbringen konnte, einen Auszug des Finanzamtes ohne gründlicher Prüfung über eingegangene Waren, mit dem Stempel zu beglaubigen? Man kann diesen unterlaufenen Fehler keineswegs damit entschuldigen, daß dies aus Versehen und allzu großer Arbeit passieren konnte. Ein verantwortlicher Posten darf nur von pflichtbewußten Beamten bekleidet werden. Diese Vernachlässigung hatte zur Folge, daß der Geschäftsmann höher eingeschätzt wurde und daß man weiter bei dieser Einschätzung bleibt. Diese Vorfälle müssen dann selbstverständlich den Geschäftsmann automatisch zu Grunde richten. Aus dieser Erkenntnis heraus sollten die verantwortlichen Beamten und vor allen Dingen, auch das Finanzamt korrekt seines Amtes walten, um auch endlich mal der gerechten Einschätzung sein Recht zukommen zu lassen. —ek.

Im Streit seinen Schwiegersohn angeschossen. Infolge eines Familienstreites schoß ein gewisser Grabowski seinen Schwiegersohn Andrzejewski in Myslowitz, ul. Krakowska, mit einigen Revolverschüssen, die letzteren im Gesicht und Schlüsselbein trafen, schwer an. Der Verwundete konnte noch rechtzeitig flüchten, da G. noch weitere Schüsse abfeuern wollte. Der Schwiegervater wurde darauf für kurze Zeit in Haft genommen, aber nach der Protokollierung wieder freigelassen. Dem Verletzten wurde im Krankenhaus die nötige Hilfe zuteil. —ek.

Ein Arbeitsloser erschießt ein 30jähriges Mädchen. Uns geht folgende Berichtungen zu: Auf Grund des Artikels 32 der Verfügung des Herrn Justizministers vom 4. Januar 1928 betr. Pressegesetz (Dz. Ust. der Republik Polen Nr. 1 Jahr 1928 Pos. 1 Seite 1) bitten wir um folgende Berichtigung: In der Nummer 168 Ihrer Zeitung haben Sie einen Artikel unter dem Titel „Ein Arbeitsloser erschießt ein 30jähriges Mädchen“ veröffentlicht. In diesem Artikel lesen wir, daß der Arbeitslose Georg Buk den Revolver in der Schublade im Feuerwehrzimmer gefunden hat. Letzteres entspricht nicht der Tatsache, der Revolver war Eigentum des Arbeitslosen Buk. Wir unterstreichen noch, daß unsere Feuerwehr derartige Revolver, wie der aus dem der tödliche Schuß gegeben worden ist, überhaupt nicht besitzen.

Giesche Spolka Akcyjna.

Schoppinitz. (Aus Verzweiflung in den Tod.) Dieser Tage ereignete sich in Schoppinitz auf der Janowerstraße ein grauenvoller Freitod. Der erst 24jährige Josef Loska der lange Zeit an einer unheilbaren Krankheit litt, sprang aus Verzweiflung, da keine Hoffnung auf eine Besserung in Aussicht war, aus dem dritten Stock seiner Wohnung auf die Straße, wo er vollständig zerschmettert liegen blieb. Die Leiche wurde wieder in die Wohnung geschafft. Eine große Menschenmenge war Augenzeuge dieser Verzweiflungstat. —ek.

Nickischschacht. (Mit einem Messer gegen seine Braut.) In der Wohnung der Familie Jaromin am Plac Koscielny in Nickischschacht kam es in den späten Abendstunden des vergangenen Dienstag zu einem blutigen Vorfall. Dort erschien der Roman Niestroj aus Schoppinitz, um seine 18jährige Braut Anna Jaromin wegen der von ihr geplanten Auflösung der Verlobung zur Rede zu stellen. Bald kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Plötzlich zog der junge Mann in seiner Erregung ein Messer aus der Manteltasche und versetzte dem Mädchen mehrere Stiche in den Kopf und in die Rippen. Blutüberströmt brach die Getroffene zusammen. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe wurde die Verletzte in elterlicher Pflege behalten. Der Messerheld ist nach der Tat geflohen. Weitere polizeiliche Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Brzeziny. (6000 Zloty Brandschaden.) Durch eine Feuersbrunst wurde die Scheune des Paul Saine vernichtet. Ebenfalls verbrannt ist eine Menge Stroh und Heu. Der Gesamtschaden wird auf 6000 Zloty beziffert. x.

Bismarckhütte. (Was alles gestohlen wird.) Aus einer Hauseinfahrt entwendete ein unbekannter Spitzbube, zum Schaden des Josef Janik in Bismarckhütte, 3 Räder von einem Arbeitswagen. Der Schaden beträgt 100 Zl. Vor Ankauf der gestohlenen Räder wird polizeilicherseits gewarnt. x.

Neudorf. (Nächtlicher Einbruch.) Mittels Nachschlüssel wurde in die Werkstatt des Tapezierermeisters Stanislaus Tenszewski in Neudorf ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort verschiedene Artikel im Werte von 300 Zloty. x.

Pleß und Umgebung

Petrowitz. (Verkehrsunfall.) Auf der Chaussee in Petrowitz und zwar unweit des Kilometersteines 6,3, kam es zwischen dem Personenauto Sl. 9037 und dem Halblastauto Kl. 72546 zu einem Zusammenprall. Das Personenauto wurde beschädigt. Personen sind bei dem Verkehrsunfall zum Glück nicht verletzt worden. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen trägt der Chauffeur des Personenautos die Schuld an dem Verkehrsunfall, welcher zu schnell gefahren ist und überdies betrunken gewesen sein soll. x.

Lublinitz und Umgebung

Scheunenbrand in der Ortschaft Lubecko.

In der Scheune des Vinzent Grzesik in der Ortschaft Lubecko brach Feuer aus, durch welches die Scheune mit verschiedenen Stroh- und Heuvorräten vernichtet wurde. Der Brandschaden wird auf rund 6500 Zloty beziffert. Das Feuer wurde von der dortigen Ortsfeuerwehr gelöscht. Personen sind nicht verunglückt. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest. x.

Ehrenburg:

DIE HEILIGSTEN GÜTER

Roman der großen Interessen

88)

Statt zu antworten, lächelte Olson freundlich. Er küßte Edith die Hand und ging. Wußte er doch seine Gefühle zu beherrschen. Hochgewachsen, licht und ruhig wie immer, schritt er die Straße hinab. Niemand ahnte, was in ihm vorging. Die Begegnung mit Edith war der letzte Schlag. Nun aber schreitet er dahin, telephoniert dann mit London und diktiert noch Briefe. Er kann sogar lächeln, wie er erfährt, daß Moskau, durch sein deutsches Monopol beunruhigt, selbst das Terrain zu sondieren beginne. Er lächelt wie ein Sieger. Aber das alles sind nur Muskelverkürzungen, dem Trägheitsgesetz gehorchende Bewegungen, Rückkehr aufdringlicher Worte, abstraktes Leben, jenes Leben, das Bronzedenkmäler auf belebten Plätzen oder die Perlen an Ediths warmem Halse führen.

Dreiunddreißigstes Kapitel.

Amerika siegt.

Es ist schön, wenn das Leben ohne Eile, aber auch ohne Verzögerung hinfließt, wenn zur rechten Zeit die Kastanien der Pariser Boulevards zu blühen beginnen, wenn eine Margot oder Nicole, von Zärtlichkeiten gesätigt, zur rechten Zeit ermattet, wenn zur rechten Zeit der Magensaft sich ergießt und so die Nähe des Mittagsessens in Erinnerung bringt. Bernard schätzt diese weise Lebensordnung über alles. Börsianer oder Politiker ahnen nicht, wie zartbesaitet er ist. Er liegt, zum Beispiel, gern im Gras (selbstredend nicht morgens, wenn es noch feucht ist, sondern erst nachmittags), alles erscheint ihm dann wahrnehmbar, sogar ein so abstrakter Vorgang wie das Wachsen des Grases: „Seht, es wächst!“ ... So wuchs auch einst Maurice selber, so wächst jetzt Rene... Das ist exakt, und hierin liegt Wahrheit. Warum jedoch lebt nicht auch er ebenso still und weise, was hindert ihn daran, Abschied zu nehmen von Börse, Abgeordnetenkammer, Trusts, Journalisten, von all der Unrast des herrlichen, aber törichten Paris? Ich bitte Sie, die Geschäfte, die Firma, die Kinder, das Geld! Das Geld ist ja nicht Gras, es hat seine eigenen Gesetze, es kann plötzlich verschwinden, es kann auch plötzlich strömen wie ein Mairegen. Es fordert eins: das Leben des Menschen. Und so wälzt sich Bernard jetzt nicht im Gras, sondern rechnet, widerspricht, überredet.

„Du siehst schlecht aus, Maurice“, sagt Lili zu ihm. „Du müßtest ausspannen. Der Arzt meint, es wäre gut, nach Vittel zu fahren...“

Ach, diese Weiber, sie verstehen nichts von Geschäften! Wie soll man Lili erklären, daß das Ministerium gefährdet ist, daß Olson eine neue Intrige eingefädelt hat, — die Geschäfte des „Trusts der metallerzeugenden Industrie“ sind ins Wanken geraten, ohne Amerika kommt man nicht aus der Patsche. Wainstein indes redet immerfort um den Brei herum... Wie könnte sie das verstehen? Er hat für sie nur ein Argument:

„Und die Kinder, mein Kleines?... Ich möchte unsere Kinder nicht als Bettler zurücklassen.“

Er betont das Wort „unsere“, womit er die Feierlichkeit des Ehebündnisses unterstreicht, und Lili ist außerstande, ein Lächeln zurückzuhalten. Wie sie ihn liebt! Diese Liebe allein gibt Bernard Halt inmitten aller Widerwärtigkeiten des Schicksals: sein neues „Flittchen“ könnte ja ungeschickt oder, was weit schlimmer wäre, krank sein, von Ulrich könnte ihn überlisten, die Konserven könnten im Preis sinken, nach einem Frühstück mit irgendeinem Sanator könnte ihn sein Magen im Stich lassen, — durch Uebelkeit, Kopfschmerzen, Beschwerden. Lili aber, die wird ihm nie untreu werden, die wird stets zärtlich und hingebend sein, geistreich bei den Empfängen, häuslich im Familienkreise, jederzeit aufgelegt, wenn Bernard flüstert: „Gleich spielen wir ein wenig“, und besorgt an den Bettchen der Kinder, — seine herrliche Lili!...

Besonders jetzt bedarf er der Zärtlichkeit. Schwere Zeiten! ... Selbst in Nancy, unterm Hagel der Geschosse, scheint es leichter gewesen zu sein. Damals wußte er doch wenigstens, wo der Feind stand, jetzt aber ist alles durcheinander geraten. Wer steht hinter Olson?... Aber selbstverständlich Amerika! Die Deutschen haben sich erholt, sind unverschämt geworden, stellen Tag für Tag neue Forderungen. Die Verhandlungen wegen des Saarbeckens beginnen schwierig zu werden; es ist klar, auch hier sind die Amerikaner im Spiel. Bernard hatte das Erdölgeschäft schon fast ins Rollen gebracht. Er berechnete schon den Gewinn. Inzwischen unterzeichneten die Amerikaner den Vertrag mit Moskau. Ueberall stößt er auf die Amerikaner. Als er das Aktienpaket von „Venard und Co.“ übernommen hatte, hätte man meinen sollen, daß der Export von Lastautos gesichert sei, aber da trat Ford auf den Plan. In Frankreich ist kein Platz mehr für die Franzosen!...

Bernard ist nicht Wainstein, Bernard weiß, was Heimat ist. Seine Trauer ist pathetisch wie das Rauschen der Bäume, die die Kriegsfriedhöfe umrahmen. Sollten so viele selbstlose Franzosen vergebens gefallen sein?... Die Gruben Lothringens können nicht ohne das Saarbecken auskommen; wir haben das schon längst gesagt! Aber man erkläre mir doch, was Olson für einen Vorteil davon haben kann, die Deutschen zu unterstützen?... Locarno? Selbstverständlich! Frieden? In alle Ewigkeit, — aber hier handelt es sich um etwas anderes! Und die Italiener? Warum unterstützte Wainstein diese lärmenden Faulpelze auf der Zollkonferenz?... Ewa nicht, um unsere Seidenspinnereiindustrie zugrunde zu richten? Mit dem Erdöl hat man uns hinters Licht geführt. Mit der Seeabrüstung hat man uns hereingelegt. Mit den Autos haben sie sich hereingedrängelt, um uns zu erdrosseln. Mit den Russen hat man uns überlistet.

(Fortsetzung folgt.)

Lichtstreikdebatte im Bielitzer Gemeinderat

Interpellation des sozialistischen Klubs — Antwort des Bürgermeisters — Vertrauensvotum

Die am Montag, den 7. November l. Js. abgehaltene öffentliche Gemeinderatssitzung, auf der nur 1 Punkt, welcher dringend erledigt werden mußte, als Tagesordnung vorgesehen war, stand im Banne des seit dem 2. November l. Js. dauernden Lichtstreiks, welcher um die Herabsetzung des Strompreises gegen das Elektrizitätswerk geführt wird. Die Geschichte des Lichtstreiks, die Ursachen seiner Entstehung und die Intrigen, die Verleumdungen und Besudelungen des Gemeinderatspräsidiums des Elektrizitätsausschusses und anderer Personen bei der Versammlung im „Schwarzen Adler“ in Biala, sind genügend bekannt und das hat den sozialistischen Gemeinderatsklub veranlaßt, eine Interpellation an den Bürgermeister einzubringen, damit die Sache geklärt, das Vorgehen des Elektrizitätswerkes ins richtige Licht gebracht wird und die Verleumder zur Verantwortung gezogen werden. Der Zweck ist erreicht, die Kritik der einzelnen Redner und die Antwort des Bürgermeisters war für die Betroffenen vernichtend und auch die Leitung des Elektrizitätswerkes wird sich diese hinter den Hut stecken können. Es ist höchste Zeit, daß sie nachgibt. Nachstehend der Bericht:

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Aenderung des Reglements der städtischen Gasanstalt referiert G. R. Dr. Förster. Es handelt um die Berechtigung zur Zeichnung für die Firma. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit noch einmal an das Gaskuratorium zu verweisen und nochmals vor dem Gemeinderat mit einer Antragstellung zu bringen.

Im Namen des sozialistischen G. R.-Klubs verliest G. R. Dr. Glücksmann die folgende Interpellation:

Interpellation des sozialistischen Gemeinderatsklubs.

Am 27. 10. 1932 erklärte Herr Ing. Stonawski in einer in Biala abgehaltenen Versammlung: „Unerklärlich ist für das Komitee die Stellung, welche die Herren Gemeinderäte der Stadt Bielsko eingenommen haben, welche trotz ursprünglichen Versprechens einer völligen Unterstützung dieser Aktion, sich an die Seite der Interessen der Elektrownia stellten“.

Ferner erklärte Herr Ing. Stonawski: „Nach der am 24. 10. l. Js. abgehaltenen Versammlung plakatierte das Elektrizitätswerk einen Aufruf an die Bevölkerung, welcher das Komitee und indirekt die ganze Bevölkerung beleidigt“.

In derselben Versammlung erstattete ein Herr Badura folgende Erklärung:

„Das Stadtpräsidium akzeptierte den Vorschlag des Elektrizitätswerkes auf Verlängerung der Vertragsdauer auf weitere 25 Jahre und intervenierte beim Wojewodschaftsamte, um die Zubilligung für die Vertragsverlängerung zu erlangen, wofür die Stadt ein Geschenk im Betrage von 1 Million Zloty und ein Darlehen in derselben Höhe erhalten hat“.

Derselbe Herr sagte ferner:

„Welche Wege das Elektrizitätswerk schreitet, dafür bietet den besten Beweis diese Tatsache, daß einer der frommen Stadtväter für das Zustandekommen dieses Vertrages 60 000 Zloty erhalten habe“.

Derselbe Redner erklärte ferner ohne Widerspruch seitens der Versammlungsleitung oder Komiteemitglieder folgendes:

„In Beantwortung der Erklärung Dr. Glücksmanns, daß das Elektrizitätswerk nicht in der Lage sei, die Strompreise zu ermäßigen, kann ich nur sagen, daß mir dies von ungefähr verständlich sei, wenn man bedenkt, daß außer eines Geschenkes im Betrage von 1 Million Zloty das Elektrizitätswerk noch außerdem eine Reihe von Millionen verausgaben muß, welche Winkelelementen für ihre hinterlistigen Machinationen gestopft werden mußten“.

Schließlich äußerte sich dieser Herr:

„Jene, die an der Spitze der Stadt stehen, sind sehr hungrig und da muß man sie sättigen“.

Anknüpfend an diese Aeußerungen stellen die Unterzeichneten folgende Anfragen:

1. Stimmt es mit den Tatsachen überein, daß das Stadtpräsidium, der ganze Gemeinderat oder seine Mitglieder ihre wohlwollende Stellung gegenüber dem Aktionskomitee geändert und sich an die Seite der Elektrownia gestellt haben sollte?

2. Hat das Stadtpräsidium oder der Gemeinderat die Direktion des Elektrizitäswerkes ermächtigt, in ihrem Aufrufe an die Stromkonsumenten einen Passus wegen des Vertrauens zum Magistrate einzuschalten?

3. Entspricht es den Tatsachen, daß das Stadtpräsidium den Vorschlag des Elektrizitätswerkes auf Verlängerung der Vertragsdauer auf weitere 25 Jahre akzeptiert, beim Wojewodschaftsamte wegen Zubilligung dieser Vertragsdauer interveniert und hierfür 1 Million Zloty als Darlehen erhalten hat?

4. Stimmt es mit den Tatsachen überein, daß G. R. Dr. Glücksmann erklärt haben soll, das Elektrizitätswerk sei nicht in der Lage eine Strompreisverbilligung zu gewähren oder ist es vielmehr wahr, daß er im Namen des Elektrizitätswerksausschusses die Erklärung erstattete, daß die maßgebenden Faktoren des E. W. eine Verbilligung des Strompreises nicht gewähren wollen?

5. Stimmt es, daß einer der frommen Stadtväter für das Zustandekommen der Vertragsverlängerung 60 000 Zloty erhalten habe?

6. Hat das Stadtpräsidium irgendwelche Kenntnisse davon, daß das E. W. eine Reihe von Millionen verausgaben muß, welche Winkelelementen für ihre hinterlistigen Machinationen gestopft werden müssen?

Da die Ehre des Stadtpräsidiums, des Gemeinderates, seiner Mitglieder, insbesondere in den Worten: „Jene, die an der Spitze der Stadt stehen, sind sehr hungrig und da muß man sie sättigen“ auf das gröblichste verletzt wurde, ohne Anführung von konkreten Tatsachen, ohne Nennung von Namen, da also die Anklagen generell und folgerichtig gegen alle Mitglieder des Gemeinderates gerichtet waren, fragen die Unterzeichneten an:

a) „Sind die Tatsachen dem Herrn Bürgermeister bekannt?“

b) „Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine Untersuchung anzuordnen, um festzustellen, ob die unter 4., 5. und 6. angeführten Anklagen gerechtfertigt sind?“

c) „Ist der Herr Bürgermeister bezw. das Stadtpräsidium bereit, alle die ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel, einschließlich des Gerichtsweges zu ergreifen, um eine Vergeltung für die Ehrenverletzung der gemeinderätlichen Körperschaften zu erwirken?“

Der Bürgermeister erklärt, daß er die Antwort noch in dieser Sitzung geben will, muß jedoch die Sitzung unterbrechen, weil er sich die Antwort erst formulieren muß. Die Sitzung wird unterbrochen und inzwischen die mit der Tagesordnung vorgesehene vertrauliche Sitzung, auf welcher einige Konzessionsangelegenheiten und Heimatszuständigkeitssachen erledigt wurden, abgehalten. Nach Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzungen ergreift der Bürgermeister Dr. Kobiela das Wort zur folgenden Beantwortung der Interpellation des sozialistischen Gemeinderatsklubs:

Die Antwort des Bürgermeisters.

Hoher Gemeinderat!

Die Tatsachen, Vorwürfe und Invektiven, welche in der Interpellation des sozialistischen Gemeinderatsklubs enthalten sind, habe ich aus dem mir zugekommenen Stenogramm, das den Inhalt der Ansprachen, welche am 27. Oktober 1932 in der im Hotel „Schwarzer Adler“ bei der Versammlung der Konsumenten des elektrischen Stromes gehalten wurden, umfaßt, erfahren. Ich empfinde es als meine Pflicht auf die in der Interpellation enthaltenen Anfragen zuerst im Allgemeinen wie folgt zu antworten:

1. Es ist dem hohen Gemeinderat bekannt, daß in die Kadenz, in der ich die Stellung des Bürgermeisters bekleide, die Schlußverhandlungen über den mit der Gemeinde und dem Elektrizitätswerk zu schließenden Zusatzvertrag gefallen sind. Schon vorher hat der gemeinderätliche Elektrizitätsausschuß die Verhandlungen durch 5 Jahre geführt. Alle Mitglieder dieses Ausschusses waren stark und gewissenhaft bemüht bei diesen Verhandlungen sowohl für die Stadt als auch für Sromkonsumenten die günstigsten Bedingungen zu erzielen. Dank diesen solidarischen Bemühungen aller gemeinderätlichen Gruppierungen unter Leitung des Herrn Vizebürgermeisters Follmer, ist es endlich gelungen, den Zusatzvertrag zu schließen. In diesem Vertrag haben wir nicht allein eine Herabsetzung des Strompreises und eine bedeutende Reduzierung des Investitionskapitals erzielt, aber auch eine Reihe anderer Zugeständnisse, welche insgesamt sowohl die Stadt als Kontrahenten, als auch die Stromabnehmer in eine viel günstigere Situation gegenüber dem Elektrizitätswerk gestellt haben, als dies früher durch Jahrzehnte der Fall war. Besonders günstig wurde die Angelegenheit des Inventars und der Investitionshöhe für die Stadt Bielitz geregelt. Ich muß bemerken, daß alle Verhandlungen, Unternehmungen des Inventars, die Feststellung der Investitionshöhe, der Strompreise, als auch die Schließung des Zusatzvertrages unter Mitwirkung der sachverständigen Delegierten der Wojewodschaftsämter in Katowice und Krakau geführt wurden. Obige Bemerkungen zusammenfassend, kann ich erklären, daß der Gemeinderat, das Präsidium, als auch der Magistrat der Stadt Bielitz sich in diesem Maße vollkommen am gewissenhaftesten ihrer Aufgabe entledigt haben.

2. Mit Beginn der Aktion um die Strompreisermäßigung durch das Komitee, ist dieses bei mir erschienen und gab mir seine Absicht bekannt. Ich habe das Komitee meiner Gunst und einer solchen von seiten des Gemeinderates versichert. Ich habe jedoch erklärt, daß wir an der Aktion selbst nicht teilnehmen können, weil wir an den durch den Gemeinderat beschlossenen Zusatzvertrag gebunden sind. Diese Stellung habe weder ich noch der Gemeinderat geändert und der beste Beweis dafür ist, die Tatsache, daß das Stadtpräsidium in der Angelegenheit der Strompreisermäßigung im Elektrizitätswerk interveniert und die Zusage einer solchen in Form von Rabatten erzielt hat. Als das Komitee mit diesem Zugeständnis sich nicht zufrieden gab, hat das Stadtpräsidium weitere Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerk geführt und eine allgemeine prozentuelle Strompreisermäßigung verlangt, auch für den Fall, wenn das Budget der Stadt Opfer tragen müßte.

3. Ich kann daher mit großem Bedauern feststellen, daß die Version, als stünde der Magistrat der Stadt Bielitz an der Seite der Interessen des Elektrizitätswerkes, jeder Begründung bar ist, und ihre Entstehung darin liegt, daß das Elektrizitätswerk in seinem Plakat die Stromkonsumenten aufgefordert hat, ernsten Männern, welche im Magistrate sitzen, das Vertrauen zu bewahren. Ich habe bereits im Bericht den ich am 29. Oktober 1932 in der Lokalpresse veröffentlichen ließ, die Möglichkeit gehabt zu erklären, daß weder ich noch ein anderer Vertreter des Magistrats dem Elektrizitätswerk die Ermächtigung erteilt hat, den bezüglichen Absatz in seinem Plakat unterzubringen.

4. Zu den weiteren Vorwürfen übergehend, bin ich bemüßigt mit voller Entschiedenheit das Ansinnen zurückzuweisen, als hätte die Stadt den Vertrag mit dem Elektrizitätswerk auf 26 Jahre verlängert und aus diesem Titel irgendwelche Vorteile, insbesondere in Form von Millionenbeträgen gezogen und die Stadtvertretung in dieser Angelegenheit bei der Wojewodschaft interveniert, um die Bestätigung des zu prolongierenden Vertrages zu erlangen. Man hat die auf dieses Thema geführten Gespräche und die uns vorgelegten diesbezüglichen Offerten als fertige Tatsachen hingestellt.

5. Auf Grund der durch mich beim Elektrizitätsausschuß und dessen Vorsitzenden eingeholten Informationen, muß ich feststellen, daß Gemeinderat Dr. Glücksmann im Namen des Elektrizitätsausschusses nur erklärt hat, daß das Elektrizitätswerk auf eine allgemeine perzentuelle Strompreisermäßigung nicht eingehen will, dagegen hat er nicht behauptet und konnte es nicht behaupten, daß das Elektrizitätswerk den Strompreis nicht ermäßigen kann.

6. Völlig aus dem Finger gezogen ist die Behauptung, als hätte irgend jemand für das Zustandekommen des Verlängerungsvertrages 60 000 Zloty als Belohnung erhalten. Es ist dies ein Unsinn, weil ein solcher Vertrag nicht geschlossen wurde.

7. Weitere in der Versammlung in Biala am 27. Oktober zum Ausdruck gebrachte Enuntiationen folgenden Inhalts: „das Elektrizitätswerk muß mehrere Millionen ausgeben, um mit denselben, Hintermänner für ihre hinterlistigen Machinationen zu stopfen“, oder der Ausdruck: „die, welche an der Spitze stehen, sind hungrig, man muß sie sättigen“, enthalten typische Kennzeichen einer inhaltslosen Besudelung, weil diese Vorwürfe, wenn auch schwer und grausam die Ehre der Gemeindevertretung der Stadt Bielitz verletzend, allgemein, generell, ohne Nennung von Namen, ohne Konkretisierung der Vorwürfe, daher ausschließlich berechnet auf momentanen Effekt, ohne Rücksicht auf die Folgen, vorgebracht wurden. Handelt es sich also um diese letzteren Vorwürfe, so gibt es nur den einzigen Weg und d. i. den Weg zu Gericht, welchen die Gemeindevertretung unzweifelhaft betreten wird, um eine strenge, beispielgebende Bestrafung des unzurechnungsfähigen Verleumders zu erwirken.

Zum Schluß meiner Antwort auf die Interpellation muß ich nur mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß das Präsidium dieser Versammlung es nicht für richtig befunden hat, dagegen zu remonstrieren und obige Vorwürfe, welche schon auf den ersten Blick in dieser Form Kennzeichen einer vulgären Besudelung tragen, zu dementieren. Persönlich füge ich hinzu: Die Stadtvertretung läßt nicht ihr Augenmerk von der Aktion um die Strompreisermäßigung. Die gegen sie gerichteten Invektiven sind nicht imstande, ihr bisheriges Vorgehen zu schwächen und dieses beruht auf vollem Verständnis für die Interessen der Stromabnehmer. Das Stadtpräsidium wird wie vor, so auch nach, es als ihre ehrenvollste Aufgabe betrachten, eine allgemeine, perzentuelle Stromermäßigung herbeizuführen, auch dann, wenn das Budget der Stadt daran eine Einbuße erleiden müßte, um nur der durch die Wirtschaftskrise geplagten Bevölkerung in der von ihr verlangten Form zu Hilfe zu kommen.

Indem ich auf die in der Interpellation enthaltenen Anfragen die Antwort erteile, bin ich mit Rücksicht auf die Umstände unter denen gegen das Stadtpräsidium schwere Vorwürfe erhoben wurden, als auch mit Rücksicht auf ihre Form und Inhalt, gezwungen, für das ganze Präsidium die Vertrauensfrage zu stellen.

Der Bürgermeister übergibt nun den Vorsitz an den Vizebürgermeister Fuchs, welcher die Debatte eröffnet.

An der Diskussion beteiligen sich die Obmänner der einzelnen Klubs, die sich alle mit dem Stadtpräsidium solidarisch erklären. Im Namen des sozialistischen Gemeinderatsklubs sprach Gen. Dr. Glücksmann, dessen Rede wir separat in der nächsten Nummer bringen werden. Bemerkenswert sind die Ausführungen des G. R. Abg. Pobozny der hervorhob, daß der Streik geführt wird von Personen, die bisher mit dieser Methode nichts zu tun hatten, im Gegenteil, immer Gegner von Streiks waren. Es ist ihm zu Ohren gekommen, daß nach Beendigung des Stromstreiks, ein solcher gegen die Gas- und dann gegen die Wasserpreise kommt und befürchtet, daß dann die Gemeinde solche Abgänge nicht decken und die sozialen Pflichten gegenüber den Arbeitslosen und sonstigen Armen in dem bisherigen Maße nicht erfüllen wird können. Er hat volles Vertrauen besonders zum Gen. Follmer als Vorsitzenden des Elektrizitätsausschusses und fordert das Präsidium auf zum Ausharren in der schweren Zeit. Gen. Hönigsmann meint, daß in diesem Falle die Vertrauensfrage stellen heißt, den Verleumdern zu viel Ehre anzutun.

Die Abstimmung über die Vertrauensfrage ergab einstimmige Annahme des Vertrauensvotums für das Präsidium.

Bielitz und Umgebung

30jähriges Dienstjubiläum. Am Donnerstag, den 10. November feiert der Angestellte im Bielitzer städt. Schlachthof, Kamerad Rudolf Dziedziel, sein 30jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlasse überbringt der Verband der Industrie- und Privatbeamten in Bielitz dem Jubilar auf diesem Wege die herzlichsten Glückwünsche. Möge es ihm vergönnt sein, bei bester Gesundheit noch viele Jahre im Interesse des Verbandes sowie auch seiner Familie zu wirken. Der Vorstand des Industrie- und Privatbeamtenverbandes in Bielitz.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 9. November drangen unbekannte Täter in die katholische Pfarrkanzlei in Bielitz indem sie das Fenstergitter wegrissen. Die Einbrecher rissen die Schränke und Schreibtische auf und schlossen mit den Kassenschlüsseln die eiserne, feuerfeste Kasse auf, aus welcher sie einen Betrag von 1,50 Zloty in Kleingeld entwendeten. Außerdem nahmen die Diebe noch ein Medaillon mit. Der Gesamtschaden beträgt 20 Zloty.

November-Feier

Der Matrosenaufstand von 1917

Von Artur Rosenberg.

Die oppositionellen Matrosen suchten 1917 Fühlung mit dem Parlament. Es gingen Beschwerdebriefe an Abgeordnete des Zentrums, der Sozialdemokratie und der USPD. Ebenso suchten Matrosen, die sich auf Urlaub in Berlin befanden, Abgeordnete auf. So war der Matrose Reichpietsch von „Friedrich dem Großen", der später kriegsgerichtlich erschossen wurde, im Juni in Berlin bei dem Abgeordneten Stücklen von der Sozialdemokratie und bei Dittmann von der USPD.

In derselben Zeit erhielten die Matrosen ein Organ, mit dem sie ihre Unzufriedenheit ausdrücken konnten. Es wurden die sogenannten Menagekommissionen gebildet, von den Mannschaften gewählte Ausschüsse zur Kontrolle der Verpflegung. Solche Ausschüsse können entweder ganz bedeutungslos sein, oder sie können sich in ihrem Aufgabenkreis nützlich machen. Für die menschlich und politisch erregten Matrosen der Hochseeflotten waren sie viel mehr. Sie sahen in ihnen eine Art von Mitbestimmungsrecht, fast schon die Einleitung zu legalen Soldatenräten. Man hatte das Gefühl, daß jetzt die alte starre Disziplin nicht mehr gelte, und daß die Mannschaften sich offenkundiges Unrecht nicht mehr gefallen zu lassen brauchten.

Die Menagekommissionen der einzelnen Schiffe traten miteinander in Verbindung. Man traf sich bei Urlaubsgängen an Land. So entstand ein Netz von Verbindungen, das einen großen Teil der Hochseeflotte umfaßte. Die Zentrale war gewissermaßen die rührige Menagekommission des Flottenflaggschiffs „Friedrich der Große". Innerhalb dieser formlosen Matrosenorganisation gab es alle möglichen politischen Richtungen. Es waren da Anhänger der USPD., der SPD., einzelne Linksradikale und viele Indifferente. Man redete untereinander über die Verpfelgung, über die Mißstände an Bord und über den Frieden. Man schmiedete allerlei Pläne, aber von einer festen politischen Linie oder gar einer Revolutionsvorbereitung war keine Rede.

Die Matrosenbewegung von 1917 war der Ausdruck der allgemeinen politischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands, aufgefangen in dem ganz besonderen Milieu der Hochseeflotte. Die Behauptung, daß bestimmte politische Parteien die Matrosenorganisation aufgezogen hätten, ist falsch. Denn die illegale Spartakuszentrale wußte von den Vorgängen auf der Flotte gar nichts, und zur USPD. und SPD. waren die Matrosen gekommen, und nicht umgekehrt die Parteiagitatoren zu der Marine. Immerhin entwickelten sich vom Juni bis zum August 1917 auf der Flotte Verhältnisse, die den traditionellen Auffassungen von Disziplin im preußisch-deutschen Heere nicht mehr entsprachen.

Am 6. Juni kam es zu einem Hungerstreik auf „Prinz-Regent Luitpold". Die Mannschaft weigerte sich, Dörrgemüse zu Mittag zu essen. Aehnliche Vorfälle ereigneten sich im Juli auf „Friedrich dem Großen" und „Posen". Am 19. Juli, dem Tage der Friedensresolution im Reichstag, kam es auf „Prinz-Regent Luitpold" zu einem zweiten Hungerstreik. Die Mannschaften wollten keine Kohlrüben essen. Am 20. Juli verließen 140 Mann das Schiff „Pillau", das in der Werft lag, und gingen ohne Erlaubnis für einige Stunden an Land. Sie wollten dagegen demonstrieren, daß ihnen, wie sie glaubten, ungerecht, der Urlaub verweigert worden war. Am 2. August verließen 400 Mann demonstrativ den „Prinz-Regent Luitpold" und gingen ebenfalls an Land. Sie waren der Meinung, daß einige Kameraden ungerecht Arrest bekommen hatten. Nach mehreren Stunden wurden sie indessen ohne Anwendung von Gewalt wieder zurückgeholt.

Bei allen diesen Vorfällen ist es niemals zu Gewalttätigkeiten gegen Vorgesetzte oder gar zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Matrosen billigten sich freilich, im Zeitalter der Menagekommissionen und der, wie sie meinten, abgeschwächten militärischen Disziplin, ein gewisses Streik- und Demonstrationsrecht zu. Bei der Flottenleitung erregte diese Häufung von Auflehnungen eine große Bestürzung. Nach der Demonstration vom „Prinz-Regenten Luitpold" kam es zu einer eingehenden kriegsgerichtlichen Untersuchung. Ihr Resultat war die Feststellung der lockeren Matrosenorganisation, die sich aus den Menagekommissionen entwickelt hatte. In dieser Organisation erblickte man die geheime Quelle der einzelnen Gehorsamsverweigerungen.

Die Kriegsgerichtsräte, die mit der Untersuchung betraut waren, zeigten sehr wenig psychologisches Verständnis für die Mannschaften und gar keine Kenntnis der politischen Strömungen in der Arbeiterschaft. Die Untersuchungsführer konstruierten sich den Zusammenhang, so daß die USPD. eine große Verschwörung auf der Flotte angestiftet haben, zu dem Ziel, durch gewaltsamen Aufstand die Regierung zu stürzen und den annexionslosen Frieden zu erzwingen. Die verhafteten Matrosen standen bei der Vernehmung unter dem Druck, daß mit Todesurteilen zu rechnen sei. Darum haben sie vielfach, um ihre Lage zu verbessern, der Formulierung der Untersuchungsführer zugestimmt. Die Verteidigung war bei den geheimen kriegsgerichtlichen Verfahren ganz unzulänglich. So wurden die Prozesse gegen die angeschuldigten Matrosen zu einem traurigen Zerrbild der Justiz.

Im ganzen wurden wegen der Vorgänge im Sommer 1917 gegen zehn Matrosen Todesurteile gefällt, davon wurden zwei vollstreckt. Ferner wurden 181 Jahre Zuchthaus und 180 Jahre Gefängnis ausgesprochen. Am 26. August fand der Hauptprozeß gegen die sogenannten Rädelsführer der Matrosenbewegung statt. Es wurden die Matrosen Reichpietsch, Weber und Sachse von der zentralen Menagekommission auf „Friedrich dem Großen", ferner die Matrosen Beckers und Köbis vom „Prinzregenten Luitpold" zum Tode verurteilt. Nach dem Militärstrafgesetz war die Todesstrafe dann anzuwenden, wenn ein Soldat im Kriege einen „Aufstand erregt". Das Kriegsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Matrosenorganisation den Zweck gehabt habe, einen Aufstand herbeizuführen, also ihn „erregte", wenn auch der Erfolg noch ausgeblieben sei. Hervorragende Marinejuristen faßten das Gesetz anders auf und meinten, daß der Gesetzgeber bei dem Worte „erregen" nur an die vollendete Handlung gedacht habe. Bei der letzteren Auslegung waren Todesurteile nicht möglich.

Der Chef der Hochseeflotte, Admiral Scheer, dem die Todesurteile zur Bestätigung vorgelegt werden mußten, hat sich der Rechtsauslegung des Gerichtes angeschlossen. Er bestätigte die Todesurteile gegen Reichpietsch und Köbis, während er die drei anderen Todesurteile in je fünfzehn Jahre Zuchthaus umwandelte. Am 3. September 1917 wurden Reichpietsch und Köbis erschossen. Die beteiligten Richter und Admiral Scheer waren ohne Zweifel in dem guten Glauben, daß sie das Gesetz richtig anwandten. Sie waren der Meinung, einer ungeheuer gefährlichen Revolutionsbewegung auf die Spur gekommen zu sein, deren Ziel es war, die Flotte lahmzulegen. Man glaubte den Beweis zu besitzen, daß die Agitation für den annexionslosen Frieden folgerichtig zur Revolution führe. Aber objektiv sind Reichpietsch und Köbis die Opfer eines Justizmordes geworden.

Dabei ist es nicht die Hauptsache, wie das Wort „erregten" des Gesetzgebers aufzufassen war, sondern die sachliche Basis der Anklage war unhaltbar. Die Annahme des Urteils, daß Reichpietsch und Köbis einen Aufstand auf der Flotte bezweckten, ist durch schiefe Konstruktion und politische Mißverständnisse der Untersuchungsführer entstanden. Einer ernsthaften Revisionsinstanz hätte das Urteil nicht standgehalten. Darüber hinaus hätte die einfachste politische Klugheit die Marineleitung verhindern sollen, mit solcher Rücksichtslosigkeit gegen die Matrosen vorzugehen. Die Admirale hätten die besonderen psychologischen Verhältnisse auf den Panzerschiffen und Kreuzern verstehen müssen, wenn ihr starrer militärischer Disziplinbegriff es zugelassen hätte. Mit Besserung der Verpflegung und sachlicher Aufklärung der Mannschaften über Deutschlands militärische und wirtschaftliche Lage hätte man die Matrosen wieder beruhigen können.

So hat die Flottenleitung zwar die Geheimorganisation der Matrosen vernichtet, aber zugleich eine grenzenlose Verbitterung auf den Schiffen hinterlassen. Die große Mehrzahl der Marinemannschaften gehorchte seit dem Sommer 1917 nur noch unter dem Druck der physischen Gewalt. In einem Krieg, den ein ganzes bewaffnetes Volk führt, ist das eine schlechte militärisch-politische Grundlage. Seit dem Sommer 1917 hatte der Körper der deutschen Wehrmacht eine offene Wunde, und das war die Hochseeflotte. Nicht die USPD., sondern Admiral Scheer hat den Revolutionsherd geschaffen, der sich im November 1918 zeigte.

Reichpietsch und Köbis wurden die Märtyrer derselben politischen Bewegung, die im Sommer 1917 die große Mehrheit des deutschen Volkes erfaßt und zur Friedensresolution des Reichstags geführt hat. Auch hier ist es für die historische Bedeutung der Ereignisse auf der Flotte nicht wesentlich, ob die Gedanken, die Reichpietsch, Köbis und ihre Freunde über Beendigung des Krieges hatten, richtig waren oder nicht. Entscheidend ist, welche Kluft sich damals auf der Flotte zwischen den befehlenden Schichten und den breiten Volks- und Soldatenmassen auftat. Die Oberste Heeresleitung hatte immer noch die Gewalt über Deutschland, aber die Massen waren dem herrschenden System fremd geworden und suchten nach einem Ausweg. (Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin, dem Buche „Die Entstehung der Deutschen Republik 1871—1918" von Arthur Rosenberg entnommen.)

Revolution

Von Bruno Schönlank.

Sag' Prolet, sag' Kamerad,
Wer hat die Macht im Staat?!
Nicht der Mann, der Kohlen hebt,
Nicht die Frau, die Tuche webt,
Nicht der Mann, der pflügt und sät,
Nicht der Mann, der Eisen dreht.
Ein paar hundert Mann
Sind stärker als ihr zusammen.
Sie halten euch in Zwang
Und höllischen Flammen.
Warum wiegt auf der Wage der Welt
Schwerer als eure Arbeit ihr Geld?
Warum Prolet?
Darum Prolet,
Weil ihr im Kampf nicht zusammensteht.

Sag' Prolet, sag' Kamerad,
Wer lebt denn gut im Staat?
Nicht das Volk, das fiebernd schafft,
Aus sich preßt die letzte Kraft.
Nicht das Volk, das stempeln muß
Und verkommt trotz Ueberfluß.
Ein paar hundert Mann
Sind stärker als ihr zusammen.
Für sie schafft ihr Lust
Und für euch Verdammen.
Wie lang noch wiegt auf der Wage der Welt
Schwerer als eure Arbeit ihr Geld?
Wie lang noch Prolet?
Solang noch Prolet,
Bis ihr einig im Kampf zusammensteht!

Der Krieg ist aus, Kinder!

Der Lokomotivführer des Marschalls Foch erzählt — Zum Tag des Waffenstillstandes am 11. November

Am 7. November 1918 um 2 Uhr nachmittags erhielt der Zugführer Gourdon des Lokomotivdepots La Chapelle der Nordbahngesellschaft in Paris den Auftrag, sich mit dem Mechaniker Mercier und zwei Heizern im Büro des Hausinspektors Morlot zur Entgegennahme eines eiligen Auftrages zu melden. Bevor ihnen dort der Auftrag bekanntgegeben wird, müssen sie einen Verpflichtungsschein unterschreiben, keinem Menschen, auch nicht ihrer Familie, von dem Auftrag das geringste mitzuteilen, mit keinem Menschen, den sie auf der Reise antreffen, über denselben zu sprechen, nichts zu schreiben und noch weniger etwas zu photographieren. Es wird ihnen gleichzeitig zugesichert, daß sie während ihrer Abwesenheit täglich telegraphische Nachrichten über das Wohlergehen ihrer Familien erhalten und daß diese ebenfalls über den jeweiligen Gesundheitszustand ihres Familienoberhauptes auf dem laufenden gehalten werden.

Ohne auch nur eine Ahnung zu haben, um was es sich handeln könne, nehmen sie die Maschine Nord 3438 und fahren damit nach dem Depot in Landy. Dort angekommen, stehen schon Mannschaften bereit, um einen Sonderzug zusammenzustellen, und es werden angehängt: ein Schlafwagen für die vier Leute, ein grüner Wagen erster Klasse, ein Salonwagen der Internationalen Schlafwagengesellschaft, dann ein Speisewagen, ein Wagen zweiter Klasse, und zuletzt ein Gepäckwagen. Um 4 Uhr kann bereits nach Chantilly weitergefahren werden. Vierzig Minuten später an diesem Bestimmungsort angekommen, wird Gourdon ein schriftlicher Befehl ausgehändigt, sofort nach Senlis zu fahren, dem damaligen Großen Hauptquartier.

In Senlis bestiegen Offiziere den Zug und Gourdon erkennt unter andern Marschall Foch und General Weygand. Zivilpersonen sind weit und breit keine zu sehen. Die Türen werden geschlossen, ein Offizier kommt zur Lokomotive und gibt den kurzen Befehl: „Direkt Compiegne", und schon geht es mit Volldampf weiter! Ankunft 7,10.

In dem militärisch stark bewachten Bahnhof heißt es ziemlich lange warten, bis endlich der Verkehrsbeamte einen mit der Maschine geschriebenen Befehl bringt: „Zug sofort nach Rethondes fahren, dortselbst auf die Spitze des Geleises zu bringen, das für die Bewegung eines 38er-Geschützes angelegt ist!" Weiter ging es in die stockdunkle Nacht. Nur hin und wieder sind längs des Bahndammes Soldatengruppen zu erkennen, die den Bahnschutz besorgten. Schließlich war der Zug an der befohlenen Spitze angelangt. Einige Stunden Nachtruhe folgten — gesprochen wurde kaum.

Als es am andern Morgen gegen acht Uhr anfing, Tag zu werden, bemerkten die Leute auf der der Spitze entgegengesetzten Seite einen anderen Zug, zusammengesetzt aus grünen Wagen erster Klasse, mit der Aufschrift „Trains rapides puor l'Italie", und einem Speisewagen der Mitropa. Durch Zugführer und Heizer dieses Zuges erfuhren die aus dem Großen Hauptquartier Gekommenen erst, daß sich in den Wagen die deutschen Unterhändler für den Waffenstillstand befanden, die der Zug am Kilometerstein 118 aufgenommen hatte.

Gegen neun Uhr wurden in diesem Zug die bis dahin heruntergelassenen Stores hochgezogen, und kurz vor zehn Uhr entstiegen den Wagen sechs deutsche Unterhändler, zuerst Erzberger in schwarzem Ueberzieher mit Persianerkragen und hierauf General v. Winterstein in großer Uniform mit allen Orden und Ehrenzeichen. Angekommen am Salonwagen Fochs klopfte General v. Winterstein an dessen Tür, die sich sofort öffnete. Ein Infanterist beeilte sich aus drei Patronenkisten schnell eine kleine Stiege herzustellen, damit die sechs Herren in den Wagen steigen konnten. Genau um 1.45 Uhr wurde die Tür des Waggons wieder geöffnet, um die Herren aussteigen zu lassen. Man bemerkte todernste und bleiche Gesichter und gesenkte Köpfe. General v. Winterstein weinte und bemühte sich, auf dem Wege zu seinem Wagen die Tränen zu trocknen. Dort eingetreten, wurden sofort die Stores wieder heruntergelassen, und bis zum Abend war niemand zu sehen.

Um sechs Uhr abends erhielt Gourdon den Befehl, seine Maschine anzukoppeln und nach Compiegne zurückzufahren, um dort seine Akkumulatoren aufzuladen und gleichzeitig den Lebensmittelvorrat des Speisewagens wieder aufzufüllen. Während dieser Zeit hat der deutsche Zug sich nicht vom Platze bewegt.

Am 9. November gegen neun Uhr morgens entstiegen Foch und Weygand ihrem Wagen und machten einen Spaziergang längs der Geleise. Nachdem die beiden Generale wieder in ihren Wagen gestiegen waren, ereignete sich nichts mehr während des ganzen Tages; dem Waggon der deutschen Unterhändler entstieg niemand, die Stores blieben heruntergezogen, nur jagten Ordonnanzen ohne Unterlaß hin und her.

Am 10. November halten einige von französischen Offizieren gesteuerte Automobile in der Nähe des deutschen Zuges, einige der deutschen Unterhändler steigen aus und nehmen in den Autos Platz und fahren fort. Ihre Abwesenheit wird dazu benutzt, die Wagen ihres Zuges in Ordnung zu bringen. Erst spät in der Nacht kehren sie zurück und legen sich schlafen.

Am 11. November, um halb fünf Uhr morgens, weckt ein Wachtposten Gourdon und seine Kollegen und teilt ihnen mit geheimnisvoller Miene mit: „Man sagt — sie werden unterschreiben!" Um neun Uhr morgens macht Foch mit Weygand wieder seinen kleinen Spaziergang, schließlich gesellt sich auch noch der englische Admiral Weymiß zu ihnen, und nun erfährt man mehr! Alle haben eine freudige Miene aufgesetzt, und lächelnd sagt Foch zu den am Wege stehenden Soldaten und Beamten: „Der Krieg ist aus, Kinder!"

Welche Freude diese Worte überall auslösten, ist nicht zu beschreiben. Schnell wurden Lokomotive und Waggons mit Fahnen geschmückt, und schließlich wurde zurückgefahren ins Große Hauptquartier. Während all der vielen Kilometer waren der Eisenbahnlinie entlang Menschen versammelt, vom kleinen Kind bis zum Greis, und alle weinten vor Freude!

Langsam fuhr der glückbringende Zug um halb vier Uhr nachmittags in den Bahnhof von Compiegne ein, erwartet von einer riesigen winkenden und vor Freude schreienden Menschenmenge. In Senlis verließ Marschall Foch kurz darauf seinen Wagen, und der schnell berühmt gewordene Zug suchte wieder seinen Schuppen im Depot du Nord auf. Der Weltkrieg war beendet.

(Mitgeteilt von Erika Boernecke, Paris.)

Stunden des Aufbruchs

Von Walther G. Oschilewski.

Vater sagte wir, daß die Soldaten draußen an den Fronten die Nase wirklich voll hätten und nicht mehr mitmachen, daß etwas in der Luft sei, etwas Brandiges, es rieche schon nach Gewitter, fett und blutig, und wenn es heraufkommt, und das werde es allem Anschein nach wohl, wird es bös hergehen. Da sollen die Hohenzollern schnell ihren Hausrat zusammenpacken, die benachbarten Dynastien auch, die Kerls, die etwas zu befürchten haben, sollten schnell zum Optiker laufen, um, wenn es mit ihrer Herrschaft zu Ende wäre, die blau Brillen parat zu haben. Wolken zögen schon herauf. Lange genug hatte es auch gedauert, sagte er, wir hätten uns zu Tode gesiegt, und das Geschrei der Mütter und Bräute zerreißt einem noch die Ohren. Er wundere sich überhaupt, daß die tapferen Jungens nicht schon früher den Generälen vorgeschlagen haben, den Krieg doch allein zu Ende zu führen. Aber jetzt hätte es ein Ende. Ich sollte man gut aufpassen, das wird nichts schaden. Hauptsache sei, daß der Wind richtig hinschlägt.

So ist es nun auch gekommen. Tags darauf purzelten zwei Dutzend Fürstenkronen in den heroischen Eimer der Vergangenheit, den die Genossen bereitgestellt hatten. Wilhelm der Zweite vermietete sich einem holländischen Holzhacker, um über die unmajestätische Tragik seines Lebens hinwegzukommen, Generalissimus Ludendorff hatte es eilig, fünf Minuten nach dem Zusammenbruch sich von den Strapazen des Weltkrieges, die nicht abgestritten werden sollen, im schönen Schweden zu erholen.

Auf den Straßen sang man die Marseillaise.

•

Ich war seinerzeit wohl ein gut ausgewachsenes, aber für meine dreizehn Jahre etwas lang geratenes Bürschchen. Ich sperrte Mund und Nase auf, als mich mein Vater auf die kommende Revolution aufmerksam machte, und mir in seiner ungelenken Art die Möglichkeit und Notwendigkeit einer republikanischen Staatsform, die uns nun sicher sein würde, begreiflich zu machen versuchte. Ich schielte doch noch etwas ungläubig und vor allem maßlos verwundert in die uns bevorstehende Geschichte, mit hochgezogenen Achseln und den Kopf voll Blut. So, wie man sich auch körperlich einzieht, um sich zu verkriechen, in eine Höhle, und nur den Kopf raussteckt und schnuppert, wie der Wind geht.

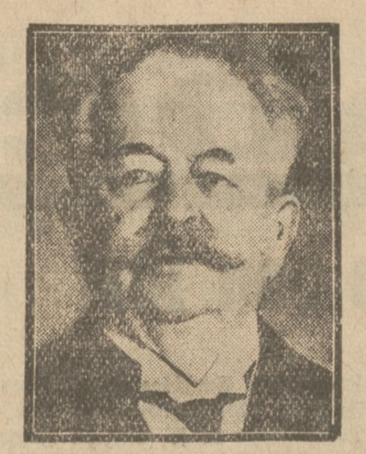
Schön! Republik! Der Kaiser Wilhelm, der Großherzog von Baden, der König August, der Sächsische, all die sollen nun weg. Die haben Geld gehabt und Schlösser und konnten sich gut anziehen und versuchten die Kriegsfront weit hinten durch kräftiges „Vorwärts, Kameraden!" moralisch zu stärken. Da war es schon recht, wenn man die hinausschmiß und das Land dem Volk gab, das darin arbeitete und Schweiß und Blut dafür hingab. Ist es doch auch vergnüglich, den Kronprinz von Bayern nunmehr mit Herrn Wittelsbacher anreden zu dürfen, und in den Geschichtsstunden konnten wir uns auf eine Sensation gefaßt machen. Da muß es doch drunter und drüber gehen. Republik? — Was ist das nun eigentlich? — Regieren da nun alle? Das wäre schön, wenn Vater, der täglich 100 Zentner Stückgut abrollte und seiner Liese gut war, etwas mitzubestimmen hätte.

Meine dreißig Stück „Lokalanzeiger", die ich alltäglich morgens und abends auszutragen hatte, unter den Arm geklemmt, türmte ich die Straße hinunter. Die Leute taten alle sehr aufgeregt und an den Ecken und auf den freien Plätzen sammelten sie sich, einer schrie was in sie hinein, fuchtelte wild mit den Händen und dann schrien sie auch.

Komisch, ich mußte immer lachen!

Auf den dunklen Treppenaufgängen, die durch wenige ramponierte, krächzende Gaslampen notdürftig beleuchtet waren, las ich klopfenden Herzens den „Lokalanzeiger". Darin siegten sie noch auf der ersten Seite, und der Herr, der sich fast in jedem Leitartikel beim Allerhöchsten Kriegsherrn untertänigst entschuldigte, daß er nur der geistigen Kriegsversorgung des deutschen Volkes und der moralischen Stärkung ihres Rückgrats Arbeit und Vertrauen opfern könne, bedauerte die miese und verbrecherische Stimmung an den Fronten und empfahl seinen hochwohllöblichen Lesern im Vertrauen auf Gott, Kaiser und die Rüstungsindustrie in einem säbelrasselnden Deutsch das weitere Siegen. Danke! Der Mann konnte es gut sagen.

Nee, das war's nicht. Da mußte noch etwas anderes stehen. Ja, hier meldete man sichtlich verschämt den bevorstehenden Waffenstillstand. Die Mitglieder der Vaterlandspartei brüllten und klapperten mit den Orden. Das Volk atmete auf und das Drunter und Drüber begann.



General Litzmann — Alterspräsident des neuen Reichstages

Das älteste Mitglied des Reichstages ist General Litzmann, der als Spitzenkandidat auf der nationalsozialistischen Liste im Wahlkreis 5 (Frankfurt a. O.) gewählt ist und bereits 82 Jahre zählt. Er wird als Alterspräsident den neuen Reichstag eröffnen.

Am Morgen des 9. November kamen die Klassenlehrer aufgeregt aus dem Konferenzzimmer gelaufen. Der dicke Pompe gestikulierte wild mit den Armen und redete wie ein Waschweib, aber mit nicht zu leugnender Eindringlichkeit auf unseren Ordinarius Heinricie ein. Der machte ein Gesicht wie ein aufgeschwemmter Honigkuchen. Die Augen von Pompe rannten auf und ab. Als uns Henricie wieder in Verwahrung nahm, bemühte er sich sichtlich krampfhaft, ein steifes Gesicht zu machen. Nervös zuckte die Oberlippe, die verriet doch das ganze Theater. Draußen auf der Straße ging es laut zu. Man rief was. Man schien zu toben. Zeitungsverkäufer brüllten die Extrablätter aus: „Kriegsende!" Revolution!" Der Kaiser muß abdanken!" Das Herz schlug uns fast gegen die Zähne. Wir rutschten auf unseren Bänken hin und her und ohne etwas zu sagen.

„Ruhe!" „Stillsitzen!" das war die einzige Abwehr, die ihn in dem Augenblick pädagogischer Unfähigkeit retten sollte.

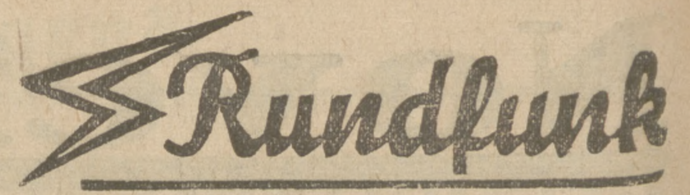
Obwohl wir uns noch keine richtige Vorstellung von der zeitgeschichtlichen Bedeutung der uns damals bewegenden Situation machen konnten, waren wir wie in Lava gekocht, zum Bersten neugierig, und die wenigen Worte der Ausschreier, die uns von der Straße herauf in die Ohren flogen, betäubten unsere jugendlichen Sinne mit der süßen Musik der Verwunderung. „Revolution", das war für uns Knaben noch etwas Unfaßbares, das sich in Herz und Hirn einschmeichelte. — Gott sei Dank! Das Glockenzeichen der zweiten Pause kam dem Heinricie entgegen, der schien zu explodieren unter der lächerlichen Maske, die er für uns angelegt hatte. Uns wäre es dann bös ergangen. Mit ungeheurem Krach sprangen wir nun auf und erlösten unsere Leiber von dem zwangvollen Krampf jener Stunde. Ein undurchdringliches Gewirr von 36 Stimmen, die durcheinanderpurzelten, hielt der Raum. Ich stand einen Augenblick allein und horchte der Wiederholung der Worte meines Vaters nach: „Revolution!" „Republik", ja, und dann sprang ich auf das Katheder, rief die Jungens an — langsam verebbte das Durcheinander — und hielt eine aufreizende und kuriose Rede. Es ist nicht zu leugnen, daß die Vokabeln und überhaupt die ganze knabenhafte Intensität Schillers „Räuber" entnommen waren, das einzige Stück Dichtung, das uns Burschen aus der Oberklasse begeisterte und gegen den Himmel hob.

Mit dem Knüppel platzte dann Heinricie zwischen uns und fegte uns wieder in die Bänke. Ich bekam ein Dutzend mörderisch gegen die Backen, daß ich nachts darauf auf dem Bauch liegen mußte. Dagegen waren wir noch machtlos. — Und dann mußten wir einen Aufsatz schreiben: „Deutschland über alles." —

Ich kam über den ersten Satz nicht hinaus und streikte.

Auf der Straße nahm mich ein Zug singender Arbeiter in seine Arme. Das war ein Glück. „Ein Sohn des Volkes will ich sein — — —" Ein Kind des Volkes. Eines, das nun mit will in den aufströmenden Morgen.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.



Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12.20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Freitag, den 11. November.

15,50: Etwas vom Fliegen. 15,55: Berichte. 16: Vorlesung. 16,15: Kinderkosmetik. 16,30: Kinderfunk. 16,40: Ansprache. 17: Schallplattenkonzert. 18: Aus Warschau: Leichte Musik. 19: Vortrag. 19,15: Verschiedenes. 20: Plauderei über Musik. 20,15: Symphoniekonzert. In der Pause: Literatur. 22,40: Sportnachrichten, Presse und Wetter. 23: Briefkasten in französischer Sprache.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Freitag, den 11. November.

8,30: Stunde der Frau. 10,10: Schulfunk. 11,30: Wetter und Konzert. 15,40: Jugendfunk. 16,10: Unterhaltungskonzert. 17,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Gegenwartsfragen der Kunst. 18: Die Zeit in der jungen Dichtung. 18,30: Der Zeitdienst berichtet. 19: Abendmusik. 20: Zeitgestalt des Romans. 20,30: Glück und Glas ... 21,30: Aus Leipzig: Violinkonzert. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Aus Amerika: Worüber man in Amerika spricht. 22,50: Nachtmusik auf Schallplatten. 23,40: Der Zeitdienst berichtet.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, findet bei Brzezina eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch alle Mitglieder der Freien Gewerkschaften und Kulturvereine eingeladen sind. Mitgliedskarten mitbringen. Referent: Genosse Kowoll.

Schwientochlowitz. Am Donnerstag, den 10. November, nachmittags 3½ Uhr, findet bei Frommer eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint der Genosse Kowoll.

Arbeiterwohlfahrt.

Bielschowitz. Sonntag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, bei Lesch, Mitgliederversammlung der „Arbeiterwohlfahrt". Pflicht ist es aller Frauen, zahlreich zu erscheinen. Referentin: Genossin Kowoll.

Groß-Kattowitz. (Revolutionsfeier.) **Am Freitag, den 11. November, abends um 7 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels, eine Revolutionsfeier statt. Gesang, Rezitationen und Festansprache füllen das Programm aus. Alle Mitglieder der Partei, Gewerkschaften und Kulturvereine sind eingeladen.**

Königshütte. (Maschinisten- und Heizerverband.) Am Sonnabend, den 13. November, abends 5 Uhr, findet im Volkshaus die fällige Mitgliederversammlung statt.

Friedenshütte. (Maschinisten- und Heizer-Verband.) Am Montag, den 14. November, nachmittags 4 Uhr, findet bei Smiatek die fällige Mitgliederversammlung statt.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Donnerstag, den 10. November, abends um 6 Uhr, findet im D. M. V.-Büro, eine Zusammenkunft der Vorstände von Partei, Gewerkschaften und Kulturvereinen statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Emanuelssegen. Am Freitag, den 11. November, abends um 7,15 Uhr, spricht in der deutschen Privatschule Lehrer Boidol-Kattowitz, über „Oberschlesische Heimatkunde".





